



## Wortprotokoll der 110. Sitzung

### Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Berlin, den 15. Mai 2024, 11:00 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E. 800

Vorsitz: Katrin Zschau, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### Anhörungsgegenstand

Seite 5

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

### Bioenergie eine klare Zukunftsperspektive geben und bestehende Hemmnisse beseitigen

#### BT-Drucksache 20/9739

Hierzu wurde/wird verteilt:

[20\(25\)613](#) Stellungnahme

[20\(25\)614](#) Stellungnahme

[20\(25\)615](#) Stellungnahme

[20\(25\)616](#) Stellungnahme

[20\(25\)617](#) Stellungnahme

[20\(25\)619](#) Stellungnahme

[20\(25\)620](#) Stellungnahme

[20\(25\)621](#) Stellungnahme

[20\(25\)623](#) Stellungnahme

#### Federführend:

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

#### Mitberatend:

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Bildung, Forschung  
und Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung,

Bauwesen und Kommunen

Ausschuss für die Angelegenheiten der

Europäischen Union

Haushaltsausschuss



## Liste der Sachverständigen

### **Dr. Matthias Dümpelmann<sup>1</sup>**

Geschäftsführer  
8KU GmbH  
**A-Drs. 20(25)620**

### **Thomas Fritsch<sup>2</sup>**

Mitglied der Geschäftsführung  
BALANCE Erneuerbare Energien GmbH  
**keine Stellungnahme**

### **Dr. Klaus Hennenberg<sup>3</sup>**

Senior Researcher  
Öko-Institut e. V.  
**A-Drs. 20(25)613**

### **Dr. Peter Kornatz<sup>4</sup>**

Bereichsleiter Biochemische Konversion  
Deutsches Biomasseforschungszentrum gemeinnützige GmbH (DBFZ)  
**A-Drs. 20(25)617**

### **Michaela Kruse<sup>5</sup>**

Referentin für Bioenergie  
NABU Naturschutzbund Deutschland e. V.  
**A-Drs. 20(25)616**

### **Toralf Müller<sup>6</sup>**

Vizepräsident  
Thüringer Bauernverband e. V.  
*Teilnahme digital*  
**keine Stellungnahme**

---

<sup>1</sup> Benannt durch die Fraktion der SPD

<sup>2</sup> Benannt durch die Fraktion der CDU/CSU

<sup>3</sup> Benannt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

<sup>4</sup> Benannt durch die Fraktion der FDP

<sup>5</sup> Benannt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

<sup>6</sup> Benannt durch die Gruppe Die Linke



**Bastian Olzem<sup>7</sup>**

Geschäftsbereichsleiter

Geschäftsbereich Erzeugung und Systemintegration

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.

**A-Drs. 20(25)621**

**Dr. Simone Peter<sup>8</sup>**

Präsidentin

Bundesverband Erneuerbare Energie e. V. (BEE)

**A-Drs. 20(25)614**

**Sandra Rostek<sup>9</sup>**

Leitung

Hauptstadtbüro Bioenergie

**A-Drs. 20(25)615**

**Constantin Zerger<sup>10</sup>**

Bereichsleiter Energie & Klimaschutz

Deutsche Umwelthilfe e. V.

**A-Drs. 20(25)619**

**Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände<sup>11</sup>**

*keine Teilnahme*

**A-Drs. 20(25)623**

---

<sup>7</sup> Benannt durch die Fraktion der CDU/CSU

<sup>8</sup> Benannt durch die Fraktion der SPD

<sup>9</sup> Benannt durch die Fraktion der CDU/CSU

<sup>10</sup> Benannt durch die Fraktion der SPD

<sup>11</sup> Teilnahme aufgrund von § 69a Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundestages

**Anwesenheit laut Unterschriftenliste oder Rückmeldung bei digitaler Teilnahme:****Mitglieder des Ausschusses**

<b>Fraktion</b>	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Bergt, Bengt Hümpfer, Markus Kleebank, Helmut Mehltretter, Andreas Mesarosch, Robin Rimkus, Andreas Rudolph, Tina Scheer, Dr. Nina Wallstein, Maja Zschau, Katrin	Kersten, Dr. Franziska
CDU/CSU	Heilmann, Thomas Helfrich, Mark Koeppen, Jens König, Anne Lenz, Dr. Andreas Weiss, Maria-Lena	Grundmann, Oliver
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Badum, Lisa Herrmann, Bernhard Nestle, Dr. Ingrid Uhlig, Katrin	
FDP	in der Beek, Olaf Kruse, Michael Stockmeier, Konrad	
AfD	Hilse, Karsten Kotré, Steffen Kraft, Dr. Rainer	
Gruppe Die Linke	Lenkert, Ralph	

**Abgeordnete mitberatender Ausschüsse**

<b>Fraktion</b>	<b>Name</b>	<b>Ausschuss</b>
CDU/CSU	Rief, Josef	Haushaltsausschuss

<b>Ministerium bzw. Dienststelle</b>	<b>Name</b>	<b>Amtsbezeichnung</b>
BMWK	Wenzel, Stefan	PStS



## Anhörungsgegenstand

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

### Bioenergie eine klare Zukunftsperspektive geben und bestehende Hemmnisse beseitigen

#### BT-Drucksache 20/9739

Die **Vorsitzende**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie sehr herzlich zu der heutigen öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Klimaschutz und Energie. Gegenstand der heutigen Anhörung ist der Antrag der Fraktion der CDU/CSU, Bioenergie eine klare Zukunftsperspektive geben und bestehende Hemmnisse beseitigen, Bundestagsdrucksache 20/9739. Ich begrüße im Einzelnen die Damen und Herren Sachverständigen, die unserem Ausschuss ihren Sachverstand zur Verfügung stellen, die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für Klimaschutz und Energie sowie der mitberatenden Ausschüsse. Für die Bundesregierung den Parlamentarischen Staatssekretär Stefan Wenzel sowie die Fachbeamtinnen des BMWK, die Vertreterinnen und Vertreter der Länder, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie nicht zuletzt die Gäste, die der Anhörung hier im Saal und live über das Internet oder im Parlamentsfernsehen folgen.

Ich möchte jetzt zum besseren Verständnis noch einmal die Damen und Herren Sachverständigen vorstellen. Wir begrüßen Dr. Matthias Dümpelmann, Geschäftsführer von 8KU GmbH, Thomas Fritsch von der BALANCE Erneuerbare Energien GmbH, Dr. Klaus Hennenberg vom Öko-Institut, Dr. Peter Kornatz vom Deutschen Biomasseforschungszentrum gemeinnützige GmbH, Michaela Kruse vom NABU Deutschland, Toralf Müller, der digital teilnimmt vom Thüringer Bauernverband, Bastian Olzem vom BDEW, Dr. Simone Peter vom Bundesverband Erneuerbare Energien, Sandra Rostek vom Hauptstadtbüro Bioenergie und Constantin Zerger von der Deutschen Umwelthilfe. Herzlichen Dank, dass Sie alle heute hier vertreten sind.

Zum Ablauf der heutigen Anhörung darf ich folgende Erläuterung geben. Zunächst erhalten die Sachverständigen die Gelegenheit für ein Eingangsstatement von jeweils drei Minuten. Ihre verbleibende Redezeit sehen Sie dort oben an den Bildschirmen. Bitte nicht nervös werden. Ich

versuche, wenn da ein Satz drüber geht, natürlich den zu gewähren. Anschließend folgen die Frageunden. Um dies in der uns zur Verfügung stehenden Zeit von zwei Stunden durchführen zu können, sind wir darauf angewiesen, dass sowohl die fragenden Abgeordneten als auch die angefragten Sachverständigen sich möglichst kurz halten. Die Fraktionen sind daher übereingekommen, dass pro Wortmeldung eine maximale Zeit für Frage und Antwort von insgesamt vier Minuten in der ersten Runde und drei Minuten in den folgenden Runden unbedingt eingehalten werden muss. Also der Grundsatz, gerade an die Abgeordneten, je kürzer die Frage, umso mehr Zeit für Sie zum Antworten. Wie immer meine Bitte auch an die fragstellenden Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses, bitte nennen Sie stets zu Beginn Ihrer Frage die Namen der oder des Sachverständigen an die oder denen sich die Frage richtet. Die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen sind als Ausschussdrucksachen verteilt worden und stehen online allen Interessierten zur Verfügung.

Über diese Anhörung wird ein Wortprotokoll erstellt. Zur Erleichterung derjenigen, die das Protokoll erstellen, werden die Sachverständigen vor jeder Wortmeldung von mir namentlich aufgerufen. Also nicht wundern, wenn das immer wieder passiert. Zunächst gebe ich den Sachverständigen das Wort für eine Einführung von drei Minuten. Und wir beginnen mit Dr. Matthias Dümpelmann.

**SV Dr. Matthias Dümpelmann (8KU GmbH):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren. Vielen Dank, dass ich namens der 8KU, also ein Club großer kommunaler Unternehmen, ein paar Worte sagen darf zum Thema der Zukunft der Bioenergie. Ich will die einleitenden Bemerkungen mit einer Unterscheidung beginnen, nämlich der Unterscheidung zwischen Ziel und Instrument. Das ist manchmal in der Diskussion um die Energiewende wichtig, weil Ziele und Instrumente mitunter verwechselt werden. Also ich laufe offene Türen ein. Das Ziel ist Klimaschutz. Das Instrument, um das es hier geht, ist die Bioenergie. Wenn man Instrumente bewertet, dann muss man Kriterien anlegen. Dann muss man schauen, welche Bedingungen ein Instrument eigentlich erfüllen kann und welche Qualitäten ein solches Instrument aufweist. Wenn ich die Bioenergie angucke, dann weist



Bioenergie unter allen erneuerbaren, klimaneutralen Energieträgern unstreitig den Vorteil auf, speicherbar zu sein, steuerbar zu sein und weist gegenüber den volatilen, einspeisenden Energien Wind und PV den Nachteil auf, natürlich eine Menge Geld zu kosten. Wenn man diese beiden Instrumente oder diese beiden Qualitäten miteinander in Verbindung bringt, dann führt uns das doch zu dem Schluss, dass wir Bioenergie, weil sie speicherbar ist, weil sie steuerbar ist und weil sie gleichzeitig ein bisschen was kostet, dort einsetzen, wo wir keine anderen Möglichkeiten haben, nämlich genau dort, wo Wind oder Sonne gerade mal nicht verfügbar sind. Wo man also die sogenannte Dunkelflaute nutzen kann. Und wenn ich mir die Realität der Bioenergie angucke, insbesondere in der Stromerzeugung, dann stelle ich fest, dass das ja nun leider überhaupt nicht eingehalten wird. Ich habe es in der schriftlichen Stellungnahme ausgeführt, Sie können sich das auf diversen Charts im Internet ja gut angucken. Bioenergie oder Biogas, Biostromproduktion sieht ungefähr so aus, wie die Fans von Grundlaststromerzeugung aus den 80er Jahren gemeint haben. Das fährt so richtig auf Strich. In der Tat, wenn Sie sich das angucken, es ist kaum zu glauben. Braunkohle ist lastfolgefähiger als Bioenergie.

Und das liegt jetzt eben – und das ist mein Punkt – nicht daran, dass Bioenergie oder diejenigen, die sie betreiben, unklug wären, sondern es liegt daran, dass es nicht auf der Höhe der Energiewirtschaft wäre und einfach die Anreizmechanismen aus dem EEG von früher so gelegt sind, dass es lukrativ ist, möglichst viel mit einer relativ kleinen Leistung in der Anlage, mit einem relativ kleinen Speicher zu produzieren. Das führt genau dazu, dass Bioenergie so verwendet wird, dass wir sie im Energiesystem der Zukunft nicht brauchen können. Ich finde, wenn es um Bioenergie geht, und damit ist der Schluss so ähnlich wie der Anfang, dann sollten wir uns sehr klar die Qualitäten und die Zielsetzung von unserer Operation angucken.

Bioenergie ist toll im flexiblen Einsatz, da gehört sie hin, und das ist die wesentlichste Aufgabe. Das war es für die erste Runde. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ich bedanke mich und erteile Thomas Fritsch das Wort.

**SV Thomas Fritsch** (BALANCE GmbH): Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Expertinnen und Experten, vielen Dank für die Möglichkeit zur Vorstellung und Anhörung heute hier zum Antrag der Fraktion CDU/CSU. Ich vertrete als Mitglied der Balance Erneuerbare Energien GmbH einen Anlagenbetreiber mit 40 Anlagen und circa 200 Mitarbeitern.

Wir haben uns als Unternehmen zum Ziel gesetzt, die Produktion von Biogas und Biomethan zu steigern, zu optimieren, wobei wir auch stark in F&E investieren. Diese Ziele stehen vor dem Hintergrund eines steigenden Bedarfes an grünen Molekülen. Nach Ausstieg aus der Kernkraft, der Kohle und langfristig aus allen fossilen Energieträgern brauchen wir Biogas und Biomethan als wesentliches Puzzleteil in einer klimaneutralen Gesellschaft und Volkswirtschaft. Was braucht es dazu? Es braucht einen klaren politischen Willen, um die vorhandenen Biogas- und Biomethanpotenziale zu mobilisieren. Die in Zeiten des EEG-Hochlaufs ausgebaute Biogas- und Biomethan-Infrastruktur, das sind ja rund 10.000 Anlagen, und damit sind wir weltführend, muss allerdings für neue Bedarfe Flexibilität im In- und Output erüchtigt werden, was enorme Investitionen nach sich zieht. Daher braucht es stabile Rahmenbedingungen, was nicht zwangsläufig mit einer Förderung zusammenhängen muss. Nur so kann, folgend meinem Vorredner, Biogas weitere Systemverantwortung übernehmen. Was braucht es also für die genannten Sicherheiten und Planbarkeiten hinaus? Wir brauchen verlässliche, gestraffte regulatorische Rahmen, um die vorhandenen Biogas- und Biomethanpotenziale zu mobilisieren.

Wir brauchen zuallererst in allen Rechtsbereichen einen Paradigmenwechsel, welcher der sachlichen und zeitlichen Dringlichkeit zum Ausbau der erneuerbaren Energien und damit auch Biogas und Biomethan gerecht wird. Da unsere Einsatzstoffe in der Regel im direkten Umfeld der Anlagen produziert werden, brauchen wir Flexibilität und Freiheitsgrade. Nur ein Beispiel für die überbordende Bürokratie, Nachhaltigkeitsnachweise, Zertifizierungen und so weiter. Wir sind momentan redundant auf allen Ebenen, ohne erkennbaren Mehrwert und Sinnhaftigkeit.

Biogas und Biomethan sind Lösungsoptionen und nicht das Problem. Wir brauchen Paradigmenwechsel. Weg von einer Förderung im klassischen



Sinne, hin zu einem wirtschaftlichen und technologieoffenen Ansatz, der den Verkehrsbringer von nicht erneuerbaren Energien stärker als bisher in die Pflicht nimmt. Ein gutes Beispiel hierfür ist die THG-Quote, die den Bundeshaushalt nicht belastet, vom Grund auf unternehmerisch und weitestgehend technologieoffen gestaltet ist. Das bedeutet aber auch, dass diese Instrumente konsequent gegen Betrug und Wettbewerbsverzerrung geschützt werden müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, für uns geht es um eine dreistellige Anzahl von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, eine jährliche Einsparung von einer halben Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent bei einer entsprechenden Wertschöpfung im ländlichen Raum. Insgesamt geht es natürlich um weit mehr als unser Unternehmen. Es geht hier um die Transformation hin zu einem klimaneutralen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, bei dem Biogas und Biomethan eine Erfolgsgarant sein können. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ich bedanke mich und erteile das Wort Dr. Klaus Hennenberg.

SV **Dr. Klaus Hennenberg** (Öko-Institut e. V.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank für die Einladung zu der heutigen Anhörung. Im Gegensatz zu den Vorrednern möchte ich vor allem herausstellen, dass die Biomasse auch ein anderes Alleinstellungsmerkmal hat, denn sie hat Kohlenstoff gespeichert. Sie ist im Hinblick auf eine Treibhausgasneutralität Richtung 2040, 2045 von sehr hohem Wert und wird vom Wert von heute aus gesehen immer steigen. Biomasse und Anbaufläche ist heute bereits eine sehr knappe Ressource in Deutschland. Die Biomasse- und Flächenpotenziale sollten effizient und systemdienlich im Hinblick auf einen sektorübergreifenden Klimaschutz genutzt werden. Das heißt, man darf nicht allein auf den Energiesektor schauen, man muss den Blick etwas weiterlegen. Zum Beispiel bei der Moorwiedervernässung kann man dreimal mehr Treibhausgasminderung erreichen im Vergleich zur Biogas-Nutzung.

PV-Freiflächenanlagen haben eine Effizienz, die ist 20 bis 40 Mal höher als die von Bioenergie, also eine Flächeneffizienz. Bei Aufforstungsprojekten besteht die Möglichkeit, ungefähr 40

Prozent mehr Treibhausgasminderung zu erreichen als im Verkehrssektor durch Biokraftstoffe. Bei langlebigen Produkten, die man aus Rest- und Abfallstoffen durch Forstungsholz sehr genehm Produkte erzeugen kann, hat man auch höhere Potenziale für Treibhausgasminderung als bei Holzenergie.

Und wenn man Richtung Bio-CCS denkt, also CO<sub>2</sub> aus Biomasse einzuspeichern in Zukunft, um negative Emissionen zu erzeugen, braucht man keine dezentralen Anlagen, sondern zentrale Anlagen, wo die Biomasse hin transportiert werden kann. Das heißt, die Liste lässt sich auch verlängern. Das heißt aber, im Prinzip gibt es in dem Antrag zwei grundlegende falsche Annahmen. Das eine ist die Behauptung, dass flexible Biogasanlagen eine elementare und unverzichtbare Flexibilitätsoption im Strommarkt der Zukunft seien. Das ist aus unserer Sicht, meiner Sicht, schlicht nicht richtig, denn wir haben andere Optionen. Es wird erneuerbaren Wasserstoff geben, der rückverstromt werden kann. Groß-Batteriespeicher sind da, aber es gibt die Optionen, noch mehr im flexiblen Lastmanagement zu machen.

Der zweite Punkt ist, dass die Menge an Biogas, die im Antrag als wahrscheinlich angenommen wird, sehr optimistisch ist und insbesondere, wenn die chemische Industrie eben auch treibhausgasneutral werden soll, werden muss, dann wird dort eine große Nachfrage nach diesem Biogas bestehen und eine Verstromung ist letztlich eine Verschwendung. Das heißt aber nicht, dass alles im Antrag schlecht zu bewerten ist, aus meiner Sicht, sondern die Mobilisierung von Rest- und Abwasserstoffen auch hin zu Biogas ist sehr wichtig und sollte passieren. Nur die Frage ist, wofür wird das Biogas genutzt und die energetische Nutzung ist schlicht nicht das, was am zielführendsten ist.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich erteile das Wort Dr. Peter Kornatz.

SV **Dr. Peter Kornatz** (DBFZ): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, verehrte Mitglieder des Bundestages, ich vertrete das Deutsche Biomasseforschungszentrum als freie wissenschaftliche Einrichtung.

Biomasse, das wissen wir, stellt im Verbund zu den anderen erneuerbaren Energieoptionen einen wichtigen Baustein im Energiesystem dar. Die



Biomasse wirkt, das haben wir auch gehört, flexibel, ergänzend zu den volatilen Energieträgern. Aber ich möchte darüber hinaus klarstellen, dass die energetische Biomasse, die Nutzung und Diskussion von Biomasse im Strom- und Wärmesektor wichtig ist, aber zu kurz gegriffen ist. Biomasse wird in Zukunft in einer differenzierten Gesellschaft die wichtige Funktion eines erneuerbaren Kohlenstoffträgers spielen, das ist das Einzige, was wir haben, haben wir eben auch gehört. Deshalb ist es grundsätzlich wichtig, Biomasse zukunftsfähig zu machen.

Und Biomasse ist aus unserer Sicht vor allem deshalb zukunftsfähig, weil vor allem die Biogastechnologie eine hohe Bandbreite an Einsatzstoffen hat. Wir reden hier von der Einsatzstoffflexibilität, vom nachwachsenden Rohstoff bis zum Abfall. Momentan in Diskussionen, besonders auch in der Klimaschutzdebatte, ist im landwirtschaftlichen Bereich die Güllevergärung, um die Emissionsziele zu erreichen. Deshalb, eine Stärkung der Wirtschaftsdüngervergärung ist notwendig, in aller Hinsicht auf den Klimaschutzplan. Hier sind neue Finanzierungssysteme zu finden, denn man zielt hier nicht mehr auf die Kilowattstunde ab, sondern auf den behandelten Kubikmeter Gülle und auf den gesellschaftlichen Nutzen Emissionsschutz. Zum Beispiel könnte das mit einer Kostenumlage auf tierische Produkte, auf die Verbraucher bewerkstelligt werden, das bringt Probleme im Außenhandel mit sich, das ist mir bewusst, ist aber letztendlich ein guter Emissionsansatz, vor allem, weil man dann ohne Subventionen und Last zum Bundeshaushalt agieren kann. Weiterhin ist Biomasse produktflexibel, wir können Strom flexibel erzeugen, das ist offenkundig, aber letztendlich auch Biomethan, was ein wichtiger Punkt ist und ein wichtiger Faktor.

Deutschland produziert momentan 1,3 Milliarden Kubikmeter Biomethan jährlich, das sind wir führend, in der EU sind es 3,3 Milliarden Kubikmeter tatsächlich und in Hinsicht auf das EU-Ziel von 35 Milliarden Kubikmeter ist hier eine klare Biomethanstrategie letztendlich von Nöten, die wir in Deutschland gerade nicht sehen, aber zum Beispiel in Ländern wie Dänemark schon.

Und wie hier bereits erwähnt wurde, Biomethan kann in den Industriebetrieben vor allem die, die keinen Wasserstoff verwenden können, aufgrund ihres Prozesses, wir brauchen in Prozessen

Kohlenstoff, verwendet werden und vor allem kann das Methan ohne große Anpassung der Prozesse in die Industrie jetzt reinfließen, ohne dass wir große Investitionen in die Hand nehmen müssen. Und hier ist es auch ein wichtiger Punkt, Wasserstoff muss als Zusatz gesehen werden in Kombination mit Biomasse, denn wir können hier mit der sogenannten Methanisierung zusätzliches Methan erzeugen, die Effizienz bestehender Anlagen erhöhen und den Methanausstoß deutlich erhöhen. Darüber hinaus können wir an Biomethananlagen im Sinne negativer Emissionen direkt zugreifen. Hier wird CO<sub>2</sub> bereits abgeschieden. Und hier haben wir direkt Zugriff. Deshalb, Anpassung der Regularien müssen jetzt verhindern, dass der Bestand zurückgeht, besonders auf die Biomethanziele gesehen und auf die Ziele der Landwirtschaft. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ich bedanke mich auch und übergebe an Michaela Kruse.

SV **Michaela Kruse** (NABU e. V.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, ich bedanke mich auch für die Einladung.

Wir begrüßen als NABU den Antrag der CDU/CSU-Fraktion als Diskussionsgrundlage, denn wir sehen, dass die Bioenergie heute mit vielen Belastungen für die Umwelt und auch für das Klima verbunden ist und die aktuellen Entwicklungen lassen befürchten, dass die Nachfrage nach Biomasse hier in Zukunft noch stark zunehmen wird und die nachhaltig verfügbaren Potenziale bei weitem überschreiten wird, wenn wir jetzt nicht gegensteuern. Es gibt natürlich bestimmte Formen der Bioenergie, die auch naturverträglich sein können, hier zu nennen die flexiblen mit Rest- oder Abfallstoffen sowie landwirtschaftlichen Nebenprodukten betriebenen Biogasanlagen, die bedarfsgerecht Strom einspeisen könnten und damit Wind- und Sonnenstrom flankieren können, also diese Punkte aus dem Antrag sind teilweise begrüßenswert, allerdings aufgrund der deutlich geringeren Kosten und der immens höheren Flächeneffizienz sollte aus unserer Sicht die Erzeugung von Wind- und Sonnenstrom sowie die Elektrifizierung von Prozessen grundsätzlich Vorrang haben vor Bioenergie und die Förderung sollte sich auf Bioanlagen beschränken, die maximal systemdienlich sind, also die flexibel betrieben werden können. Eine Erhöhung der





Substratmengen im Vergleich zu heute ist aus unserer Sicht nicht nachhaltig möglich.

Die verbesserte Mobilisierung von Rest- und Abfallstoffen, die wir natürlich auch befürworten, kann natürlich den nötigen Rückgang der Energiepflanzen, den wir dringend brauchen, nicht ausgleichen. Das heißt, aus unserer Sicht muss hier eine Erhöhung der Ausschreibungsmengen, wie sie gefordert wird, mit einer geringen Betriebsstundenzahl der Anlagen einhergehen, sodass die Substratmengen neutral bleiben oder sogar abnehmen. Biogene Kraftstoffe dagegen decken trotz jahrelanger Förderung erst wenige Prozent des Kraftstoffbedarfs und leisten keinen Beitrag zum Klimaschutz, wenn man die vollständige Treibhausgasbilanzierung anlegt und es treten schon jetzt viele negative Folgen für die Umwelt und das Klima auf. Also es liegt auf der Hand, dass wir hier im Verkehr eine andere Lösung brauchen und wir befürchten, dass es durch die RED III sogar zu einem Anstieg von Anbau-Biomasse kommen wird bei den Kraftstoffen, obwohl wir hier eigentlich einen Ausstieg sehen müssten.

Auch denken wir, dass es für Wärmenetze dringend eine Beschränkung der Biomasseanteile geben muss, vor allem bei der Holzbiomasse muss es die geben, denn wenn größere Städte wie Berlin oder Hamburg – was sie bereits tun mit diesen 15 Prozent, die im Wärmeplanungsgesetz erlaubt sind – Holz einplanen, dann kommen schnell riesige Mengen zusammen und die können nur durch problematische Importe gedeckt werden.

Insgesamt sind wir der Meinung, dass es dringend eine nationale Biomasse-Strategie braucht, die Weichen für die künftige Biomasse-Nutzung stellt, denn wenn, wie jetzt hier im Antrag gefordert, an einzelnen Gesetzen oder Förderprogrammen Änderungen vorgenommen werden, ohne den Gesamtbedarf der Biomasse im Blick zu haben, der daraus resultiert, dann kann es zu hohen Lock-In-Effekten kommen, zu Fehlinvestitionen und natürlich zu Schäden für Umwelt und Klima. Deswegen denken wir, es muss auf jeden Fall die Grundregel sein, dass technologische erneuerbare Alternativen immer vor der Bioenergie bevorzugt werden müssen und das hat an der Stelle nichts mit Diskriminierung zu tun, sondern die begrenzten Biomasse-Mengen müssen klug eingesetzt werden, denn der flächendeckende Ersatz von Fossilen durch Biomasse wird nicht

funktionieren, sondern dadurch würde die Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen noch stärker beschleunigt werden. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ich rufe jetzt auf Thoralf Müller. Thoralf Müller ist uns digital zugeschaltet und ich hoffe, dass das gut funktioniert. Herr Müller, Sie sollen auf „Stummschaltung aufheben“ drücken. Herr Müller, wenn Sie uns jetzt hören können, wir verschieben Ihren Beitrag ein bisschen und klären das erstmal technisch. Wir machen dann weiter mit Herrn Bastian Olzem.

SV **Bastian Olzem** (BDEW): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Bundestagsabgeordnete, für die Einladung zu der Anhörung. Ich vertrete den Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft. Bei uns sind über 2000 Mitgliedsunternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft vertreten und wir sehen die Bioenergie, die Biomasse als einen wichtigen Teil im bunten Blumenstrauß der Energiewende. Ich kann mich noch an die 90er, Anfang 2000er erinnern, da war es das Allheilmittel. Das ist es nicht.

Wir brauchen einen bunten Blumenstrauß, genauso wie beim Thema Wasserstoff. Der wird auch nicht das Allheilmittel sein, aber ein wichtiger Baustein innerhalb der Energiewende und im Klimaschutz insgesamt. Schwarz-Weiß-Malerei bringt uns da, glaube ich, auch nicht weiter. Die Bioenergie leistet viele Dinge, Wertschöpfung im ländlichen Raum, Arbeitsplätze, Technologieentwicklung.

Nicht zuletzt hat sie auch die Nachhaltigkeitszertifizierung angeschoben und vorangebracht, als es damals dann natürlich noch um zweifelhafte flüssige Biomasseimporte aus Südostasien ging. Insgesamt ist der Zubau erneuerbarer Energien in den letzten Jahren sehr erfreulich verlaufen. Wir haben mittlerweile schon 86 Gigawatt PV installiert, 8,5 Gigawatt Onshore und immerhin 8,5 Gigawatt Offshore. Da erscheinen die knapp 10 Gigawatt der Biomasse vergleichsweise gering, verteilt auf ungefähr 6,5 Gigawatt bei den Biogas-, Biomethananlagen und der Rest überwiegend auf holzförmerige Biomasse. Die leisten aber nicht nur, das ist schon gesagt worden, was steuerbare Einspeisungen angeht einen wichtigen Beitrag, den wir auch zunehmend im erneuerbaren Stromsystem mit den Systemdienstleistungen auseinandersetzen.



Großkraftwerke werden immer weniger werden, rotierende Massen und dezentrale Biomasseanlagen leisten auch mit ihren Systemdienstleistungen, Stichwort Schwarztaataufähigkeit, Frequenzhaltung und so weiter, einen wichtigen Beitrag und den sollten wir eben nicht aus den Augen verlieren.

Darüber hinaus arbeitet die Bundesregierung mit Hochdruck an der Kraftwerkstrategie und versucht diese in Brüssel notifizieren zu lassen, beziehungsweise durch die Vorprüfung zu kommen. Dort geht es um die Ausschreibung von 10 Gigawatt Leistung auf Basis von Wasserstoff. Wenn man das mal in Relation setzt, wird schnell deutlich, dass wir die 10 Gigawatt, die wir bei der Biomasse haben, nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfen. Da blicken wir auf Teile des Entwurfs der nationalen Biomasse-Strategie kritisch. Da müssen wir schauen, dass hier auch Bestandsanlagen weiterhin flexibilisiert werden und diese eine Zukunftsperspektive bekommen. Klar ist Nachhaltigkeit ein großes Thema, auch weil wir die Wasserseite vertreten. Da sind wir, glaube ich, auf einem ganz guten Weg. Nicht zuletzt gibt es auch neue Substratmischungen, die ökologisch wertvoller sind als andere.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich rufe auf Dr. Simone Peter.

SV **Dr. Simone Peter** (BEE): Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben heute ein wichtiges Thema hier in der Anhörung. Ein Antrag, der sich mit den Zukunftsperspektiven der Bioenergie beschäftigt, ist kein Thema, was jetzt nur eine Fraktion, eine Partei beschäftigt, sondern gerade auch in den Bundesländern diskutiert wurde. Es gab auch einen Antrag beziehungsweise einen Beschluss im Bundesrat, die Zukunftsperspektiven der Bioenergie zu sichern. Wir haben sicher kein Allheilmittel, aber ein Universaltalent.

Früher auch Multitalent genannt, „Tausendsassa“, wie auch immer, weil Bioenergie, und das wurde jetzt mehrfach betont, Strom liefern kann, Wärme liefern kann und auch Moleküle. Wir brauchen nicht nur für die Industrie, sondern für viele weitere Anwendungen in der Zukunft Moleküle. Deswegen ist es so wichtig, diese Perspektiven aufzuzeigen und auch die Perspektiven zu sichern.

Da ist von der Ampelregierung im Blick auf die Erneuerbaren einiges auf den Weg gebracht.

Aber jetzt muss man eben die Rolle der Bioenergie und auch der anderen flexibel steuerbaren, erneuerbaren Energieträger berücksichtigen. Wir haben ja noch die kleine Wasserkraft, die immerhin jetzt in Bayern, wo die Atomkraftwerke raus sind, einen Anteil von 17 Prozent an der Stromerzeugung ausmachen. Wir haben die Geothermie wachsend, auch im Stromsektor. Wir haben wachsend Speicher, Power to X. Deswegen haben wir hier ideale, steuerbare Energieträger und die Sektorenkopplung, um die fluktuierenden erneuerbaren, Wind und Sonne, zu flankieren. Die Bioenergie ist ein wichtiger Baustein. Biogas, Biomethan, Holz und Bio-Kraftstoffe im Strombereich und wachsend im Wärmebereich. Jetzt diskutieren die Kommunen die kommunalen Wärmeplanung. Da spielt die Bioenergie im ländlichen Raum eine ganz zentrale Rolle für die Wärmenetze, sie ist aber auch für die Verkehrswende unverzichtbar. Die Moleküle habe ich eben schon genannt und auch grüner Wasserstoff ist aus Bioenergie erzeugbar. Das wird oft gar nicht genannt.

Wir haben in verschiedenen Szenarien dargelegt, wie wichtig es ist, die Anwendungen auf die Potenziale auszurichten. Wir haben auch klare Kostenvorteile gesehen, zum Beispiel gerade in der Kraftwerkstrategie. Wenn man sich anschaut, was das Volumen an H2-Ready-Gaskraftwerken finanziell ausmacht, dann kommen wir mit flexibel steuerbarer Bioenergie günstiger, wenn deren Flexibilität angereizt wird. Wir haben das auch umfassend in der Studie „Klimaneutrales Stromsystem“ gezeigt, wie wir ein ökonomisch und ökologisch optimales Strommarktdesign bekommen können, wenn wir die Flexibilitätpotenziale haben. Hier ist auch die Flächendiskussion wenig zielführend, weil wir mit der PV eine andere Herausforderung haben als mit der Bioenergie, die zur Flexibilität zählt. Wir können kostengünstig die Kapazität deutlich erhöhen, ohne weitere Biomasse einzusetzen.

Das Thema Restabfallstoffe ist schon genannt worden. Deswegen muss eine kurzfristige Anpassung des EEGs erfolgen. Auch die Ausschreibungsvolumen sind zu erhöhen und die Flexibilitätsprämie an die gestiegenen Zinsen und auch an die Inflation anzupassen. Das wären unsere Forderungen,



die aber auch in dem Antrag mitformuliert sind. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ich bedanke mich und rufe auf Sandra Rostek.

SV **Sandra Rostek** (Hauptstadtbüro Bioenergie): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren. Ich danke einmal mehr für die Einladung. Ich habe nochmal nachgeschaut. Das ist heute meine zwölfte Anhörung in diesem Ausschuss, an der ich teilnehmen darf und für die Bioenergie eine Lanze brechen darf. Allerdings war die Bioenergie, das muss ich auch sagen, eigentlich immer nur am Rande Thema. In fast fünf Jahren ist das heute die erste Anhörung, wo ich sein darf, wo es um die Bioenergie geht. Allein das begrüßen wir sehr und daher begrüßen wir auch die Initiative der CDU/CSU-Fraktion sehr. Für unsere Branche ist das heute ein wichtiger Meilenstein und ich muss sagen, es ist einer, der auch längst überfällig ist, angesichts der Bedeutung, die die Bioenergie im Energiesystem nun mal hat.

Wir leisten bereits jetzt einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung der Klimaziele, immer genau da in den Bereichen, wo andere Klimaschutztechnologien an ihre Grenzen stoßen. Also am besten genau in den Bereichen, wo wir eben nicht vollständig elektrifizieren können oder wo wir dann sagen, irgendwann haben wir dann mal den Wasserstoff oder irgendwas anderes. Wir haben ihn aber noch nicht und wir haben jetzt große Herausforderungen und wir müssen jetzt handeln. Denn jetzt stellen Biogas und Holz gesicherte und regelbare Leistungen im Strombereich bereit. Sie sind nach wie vor entscheidend für die erneuerbare Wärmewende und ein Großteil dessen, was überhaupt im Verkehrssektor erreicht wurde, wurde durch die Biokraftstoffe erreicht. Ein Drittel der insgesamt durch erneuerbare Energien eingesparten THG-Emissionen entfallen auf die Bioenergie.

Und meine Damen und Herren, da geht noch mehr. Wir können die Potenziale und die Stärken der Bioenergie künftig noch stärker optimieren. Speicherbarkeit, Flexibilität, Verlässlichkeit, das ist alles schon genannt worden. Auch unsere Devise lautet „Qualität statt Quantität“. Wir wollen die Umweltdienstleistungen noch optimieren und wir wollen durch die Abscheidung von CO<sub>2</sub>-

Emissionen aus der Biomassenutzung einen wichtigen Beitrag für negative Emissionen leisten. Die Umsetzung der Maßnahmen, die in dem Antrag vorgeschlagen werden, kann dazu einen signifikanten Beitrag leisten. Vor allem wünschen wir uns aber, dass die heutige Anhörung den Beginn eines kontinuierlichen Dialogs zur Zukunft der Bioenergie mit Ihnen hier im Deutschen Bundestag markiert.

Die Zeit drängt aus unserer Sicht sehr. Wir können nicht auf eine Biomasse-Strategie der Bundesregierung warten, die noch dazu kaum mehr sein wird als eine Loseblattsammlung und eine Liste von unzusammenhängenden Maßnahmen, die in der einen oder anderen Form eh schon immer auf dem Tisch lagen. Wir brauchen jetzt wichtige Weichenstellungen und Entscheidungen. Vor wenigen Wochen hat das erst der Bundesrat eingefordert. Dazu gibt es einen Entschließungsantrag im Solarpaket und dazu gibt es jetzt den heute vorliegenden Unionsantrag. Wir brauchen insbesondere kurzfristig die Erhöhung des Ausschreibungsvolumens im EEG, um für den Biogasanlagenpark eine Weiterbetriebsperspektive zu haben. Wir brauchen die Erhöhung des Flexzuschlags, um die Stagnation im Bereich der Flexibilisierung zu beenden. Und wir brauchen ein entschlossenes Handeln der Bundesregierung gegen betrügerische Aktivitäten aus China, die unsere Kraftstoffquote kaputt machen und den Klimaschutz in diesem Bereich unterwandern. All das brauchen wir jetzt und es wird Zeit, dass der Bundestag sich dieser Sache annimmt.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Ich erteile Constantin Zerger jetzt das Wort.

SV **Constantin Zerger** (DUH): Ganz herzlichen Dank, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete. Ich freue mich, dass ich hier auch für die Deutsche Umwelthilfe zu diesem wichtigen Thema Stellung nehmen darf. Bioenergie spielt eine wichtige Rolle in unserem Energiesystem und Bioenergie braucht eine Zukunftsperspektive. Deshalb ist der Antrag der Unionsfraktion richtig und gut, denn er zeigt uns, dass wir eine Diskussion darüber führen müssen, wo Bioenergie zukünftig ihren Anwendungsfall hat. Der Antrag illustriert aber auch, was für Erwartungen und auch teilweise widersprüchliche Erwartungen an die Bioenergie gerichtet werden. Sie soll



Grund- und Spitzenlast decken, sie soll gleichzeitig Wärme und Strom bedienen und es sollen einerseits die Vollaststunden erhöht werden, andererseits soll die Spitzenlast abgedeckt werden.

Und all das auf einmal wird nicht funktionieren. Das haben wir auch gerade eben schon gehört. Es gibt kein Allheilmittel für die Energiewende in der Energiewende und es sind auch nicht die Biokraftstoffe und die Bioenergie.

Es gibt ein begrenztes nachhaltiges Potenzial. Das ist ganz wichtig, dass wir uns das vergegenwärtigen. Die Holzverbrennung als ganz wichtiger Anteil in der Bioenergie trägt dazu bei, dass unsere Wälder in keinem guten Zustand sind. Wir haben dort eine Übernutzung, wir haben CO<sub>2</sub>-Emissionen und Luftschadstoffe, die es zu berücksichtigen gilt. Bei Biogas und Biomethan geht es heute vor allen Dingen um konventionelle Biomasse, Mais, Raps und Getreide, eine intensive Landwirtschaft mit all den Problemen, die sie verursacht.

Deshalb ist es wichtig, dass wir definieren, welche Anwendungszwecke wir uns für die Bioenergie und für eine nachhaltige Bioenergie künftig suchen. Denn Bioenergie geht besser als heute. Wir dürfen an der Stelle nicht vergessen, dass wir wesentlich effizientere Arten haben, erneuerbare Energie zu erzeugen, Wind und Solar. Deshalb ist dieser Ausbau auch weiterhin Priorität, um die Energiewende erfolgreich zu machen.

Wir müssen deshalb Fehlanreize, die zu einer Überbuchung von Bioenergie führen, dringend vermeiden. Einer dieser Fehlanreize ist die Erfüllungsoption im Gebäude-Energie-Gesetz für 65 Prozent erneuerbare Energien. Es ist die Förderung der Agrokraftstoffe und es ist insgesamt das Betreiben, dass Erdgas allgemein substituiert wird durch Bioenergie oder Biogas. Das wird genauso wenig funktionieren wie Erdgas durch Wasserstoff zu substituieren. Wir müssen uns darauf fokussieren, wo die Stärken der Bioenergie liegen, um sie dort dann auch zielgerichtet einzusetzen. Das ist überall dort, wo es um Spitzenlast geht, wo es um Flexibilität geht. Wir sehen die Rolle der Bioenergie dort vor allen Dingen auch in der Abdeckung von Spitzenlasten auch innerhalb der angekündigten Kraftwerksstrategie der Bundesregierung. In einem Kapazitätsmechanismus ist der Einsatz der Bioenergie ganz sicher zu priorisieren. Deshalb ist unser Petitum hier auf Flexibilisierung zu setzen,

auf lokale Versorgungswege zu setzen und vor allen Dingen auf nachhaltige Substrate, damit die Bioenergie wirklich nachhaltig ist und dann auch ihre Stärken an der richtigen Stelle im Energiesystem ausspielen kann. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ich bedanke mich auch und wir versuchen es jetzt ein weiteres Mal mit Herrn Thoralf Müller digital.

Herr Müller, Herzlich willkommen. Es scheint zu funktionieren. Es könnte etwas lauter sein. Hervorragend, ich erteile Ihnen das Wort.

SV **Thoralf Müller** (Thüringer Bauernverband): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren. Vielen Dank für die Einladung, dass ich an dem heutigen Termin teilnehmen kann.

Vielleicht kurz zu meiner Person. Ich bin nicht nur Vizepräsident des Thüringer Bauernverbandes, sondern selbst aktiver Biogasanlagenbetreiber. Wir betreiben eine Biogasanlage seit 2017 flexibel, also genau das, über was heute schon so oft geredet worden ist. Ich möchte daher in meinem Statement eher auf die Praxis eingehen, oder genauer gesagt auf die Situation hier bei uns in Thüringen. Wir haben in Thüringen im Moment 270 Biogasanlagen mit einer installierten Leistung von 129 MW. 90 Prozent dieser Anlagen, unserer Anlagen, sind in einem landwirtschaftlichen Betrieb integriert. Die restlichen 10 Prozent sind größere Biomethananlagen. Und was uns hier in Thüringen eben auszeichnet, ist, dass 70 Prozent der eingesetzten Substrate Gülle und Mist sind.

Also das Thema Übernutzung der landwirtschaftlichen Fläche, das Thema Tank und Teller, Nahrungsmittelkonkurrenz ist bei uns kein Thema in Thüringen und ich denke, das sollte auch in den Entscheidungen für die Zukunft der Biogasanlagen, für die Frage, wie die Förderung aussehen soll, berücksichtigt werden. 7 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche Thüringens werden nur für nachwachsende Rohstoffe für Biogasanlagen benötigt. Dabei ist zu beachten, dass bei den 7 Prozent auch das Grünland dabei ist. Wir sind in Thüringen mit Grünland gesegnet, gerade auch hier in meiner Region.

Das Grünland spielt eine wichtige Rolle im Einsatz für Rohstoffe in der Biogasanlage, gerade auch aus folgendem Grund. Wir haben in



Thüringen nur noch einen Tierersatz von 0,4 GV mit der Tendenz weiter sinkend. Und da kommt gerade der Biogaserzeugung und der Nutzung der Abfallstoffe und des Grünlands in unserer Region eine besondere Rolle zu. Aber auch die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen oder der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen ist bei uns in Thüringen ein wichtiger Bestandteil von einer ausgewogenen Fruchtfolge. Das sieht vielleicht in anderen Regionen Deutschlands anders aus, aber hier in Thüringen ist das für uns kein Thema. Daher kann ich den Forderungen aus dem Papier nur vollumfänglich zustimmen. Danke.

Die **Vorsitzende**: Ich bedanke mich auch. Sie haben die drei Minuten hervorragend eingehalten. Ich möchte, bevor die Befragung beginnt, noch Ministerialdirektorin Dr. Karin Freier hier bei uns begrüßen.

Ich beginne mit der ersten Fragerunde, vier Minuten für Frage und Antwort und meinem Kollegen Markus Hümpfer von der SPD-Fraktion.

Abg. **Markus Hümpfer** (SPD): Frau Vorsitzende, meine Frage geht an Frau Dr. Peter. Mich würde interessieren, Sie haben ja die Potenziale, die die Bioenergie im Rahmen der Kraftwerksstrategie einnehmen kann, ausgeführt, wie können wir denn diese Potenziale heben? Dann haben wir erst in der vergangenen Sitzungswoche einen Mechanismus geschaffen im Rahmen des Solarpakets, der dafür sorgt, dass das Ausschreibungsvolumen in den Biogasanlagen steigt. Da würde mich vielleicht auch noch in der Zeit interessieren, wie Sie die Regelung aus Sicht des BEE bewerten. Vielen Dank.

SV **Dr. Simone Peter** (BEE): Vielen Dank für die Frage. Ich fange mit der zweiten Frage an. Es war in der Tat wichtig, dass im Solarpaket Möglichkeiten genutzt wurden, um die Bioenergie hier nochmal zu verbessern bzw. zu Verbesserungen zu führen, gerade auch, was die Ausschreibung angeht. Dieser Mechanismus kann möglicherweise kurzfristig zu Entlastungen führen, denn wir haben in den Biomethanausschreibungen derzeit kein einziges Gebot, also ist jedes mehr von Wert. Allerdings zeigt der Mechanismus auch klare Grenzen, denn es wird nicht das gesamte Biomethanvolumen übertragen, sondern nur 29 Prozent. Für Biomethan sind im EEG 600 Megawatt pro Jahr

vorgesehen. Der Mechanismus erhöht das Biogasvolumen also um maximal 174 Megawatt. Die Ausschreibungen im letzten Jahr waren deutlich überzeichnet, was die Biogasausschreibungen angeht. Das Biogasvolumen von 600 Megawatt wurde aber bereits auf 500 Megawatt abgesenkt.

Das geht ja auch weiter, sodass man am Ende trotzdem nur bei einem Volumen von unter 500 Megawatt landet. Das reicht am Ende nicht. Zum Vergleich, der heutige Biogasanlagenpark kann, wenn man ihn vernünftig flexibilisiert, bis 2030 die Leistung verdoppeln auf 12 GW und die Stromerzeugung bleibt dann auf dem heutigen Stand, aber die installierte Leistung steigt und deswegen bräuchte man eigentlich ab 2050 ein jährliches Volumen von 1.800 Megawatt. Um die Potenziale komplett zu heben, brauchen wir auf jeden Fall andere Anreize im EEG. Hier wäre es wichtig, dass insgesamt das Volumen auf 1.800 Megawatt pro Jahr ab 2025 angehoben wird. Das hat auch Sandra Rostek eben nochmal hervorgehoben.

Wichtig ist, dass die Anhebung der vergütungsfähigen Volllaststunden in den Biomethanausschreibungen vollzogen wird und dass wir auch, und das ist die zentrale Rolle, die mehrfach angesprochen wurde, das Thema Flexibilität angehen. Wir haben ja eine Flexibilisierung, die sehen wir ja auch, aber es reicht nicht angesichts von Inflation und höheren Zinsen, das Flexibilitätspotenzial voll zu heben. Deswegen wäre es sinnvoll, den Flexibilitätsszuschlag auf 120 Euro pro KW anzuheben. Wir liegen dann immer noch unter den Kosten, die man zum Beispiel für wasserstofffähige Erdgaskraftwerke vorsieht und hätte eben mit dieser Überbauung, Überbauung heißt installierte Leistung zu erhöhen, indem man Speicher dazu setzt, Kraft-Wärme-Verkopplung nutzt und gleichzeitig die Potenziale der Wärmenutzung erhöht. Eine Win-Win-Situation, die wir gerade jetzt brauchen. Auch das ist eben angesprochen worden. Wir haben irgendwann den grünen Wasserstoff und wir haben natürlich im gesamten Energiesystem auch andere Flexibilitätsoptionen, aber die 10.000 Biogasanlagen sind jetzt da und können jetzt genutzt werden. Vielen Dank.



Die **Vorsitzende**: Ich erteile das Wort Oliver Grundmann von der Fraktion CDU/CSU.

Abg. **Oliver Grundmann** (CDU/CSU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Frage richtet sich an Frau Rostek. Frau Rostek, Sie erwähnten betrügerische Palmöl-, Dieselimporte aus China, das Stichwort Integrität bzw. diese Kraftstoffe, die den Biokraftstoffmarkt in dramatischer Weise hier überschwemmt haben in den letzten 1,5 Jahren und zum Zusammenbruch des Quotenmarktes geführt haben. Hierzu gibt es ja bereits mehrfache Berichterstattungen, Printartikel, Fernsehberichterstattungen in den letzten Wochen und Monaten und mehrere kleine Anfragen dazu gab es von uns auch. Wir haben das auch hier in unserem Antrag thematisiert. Nun gibt es darüber hinaus frappeierende weitere Vorwürfe, die enorm an Fahrt aufnehmen. Am 1. Mai waren im kleinen Artikel bzw. Beitrag im ZDF zu sehen – aber wie ich höre, soll auch noch ein sehr großer Bericht im Frontal 21 kommen – über gefälschte CO<sub>2</sub>-Zertifikate, in diesem Fall um sogenannte UERs, um Upstream Emission Reductions. Zudem soll es hier, jedenfalls war das so aus dem ZDF-Beitrag herauszuhören, auch Untätigkeiten und Unterlassungen von zuständigen Ministerien und Behörden gegeben haben. Dazu meine Frage, wie ist der Sachstand aus Ihrer Sicht, auch wenn Sie vielleicht jetzt die Sorge haben, Sie können das auch überparteilich darstellen, aber wie ist der Sachstand und wie kann man den Spuk beenden, den wir hier seit Monaten sehen? Was wäre notwendig? Was wäre der Wunsch an uns als Parlamentarier bzw. an die Ministerien? Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Frau Rostek.

SV **Sandra Rostek** (Hauptstadtstudio Bioenergie): Vielen herzlichen Dank, dass Sie das ansprechen. Die Situation ist in der Tat sehr belastend in diesem Bereich. Wir hatten seit Monaten Hinweise, dass es große Unregelmäßigkeiten gibt im Bereich dieser CO<sub>2</sub>-Zertifikate, die generiert werden, wenn Emissionsminderungen bei der Erdöl- oder Erdgasförderung stattgefunden haben. Das kann man sich wundersamerweise seit einigen Jahren auf die Kraftstoffquote in Deutschland anrechnen lassen.

Das war schon immer ein bisschen merkwürdig. Wir hatten Hinweise, dass es hier Probleme gibt

und aus diesen Hinweisen sind zwischenzeitlich Beweise geworden und die Recherchen des ZDF zeichnen hier ein sehr dramatisches Bild. Woüber reden wir? Wir gehen aktuell davon aus, dass 60 von 76 Projekten, die hier angerechnet wurden, auf die Quote irgendwie Unregelmäßigkeiten aufweisen, klar gefälscht sind oder einfach gar nicht existent waren. Wir reden davon, dass wir einen verheerenden Betrug am Klimaschutz zu verzeichnen haben. Mehr als 7,6 Millionen Tonnen angeblicher CO<sub>2</sub>-Einsparung hat es einfach nie gegeben. Wir reden davon, dass ein finanzieller Schaden entstanden ist, der sich vermutlich auf etwa 4,5 Milliarden Euro aufsummieren wird.

Und wir reden, das muss ich sagen, leider eben auch davon, dass in den zuständigen Behörden, also BMUV, Umweltbundesamt, Deutsche Emissionshandelsstelle, mangelhaft geprüft wurde und dann lange auch nicht gehandelt wurde. Jetzt wird gehandelt, aber aus unserer Sicht immer noch viel zu zögerlich. Es gibt jetzt einen Entwurf zur UER-Verordnung (Verordnung zur Anrechnung von Upstream-Emissionsminderungen auf die Treibhausgasquote), der das für die Zukunft abschafft, diese Anrechnungsoption. Aber hier gibt es einfach noch Regelungslücken. In 2022 und 2023 kann man immer noch Projekte auf die Quote anrechnen, obwohl es sehr wahrscheinlich ist, dass auch die gefälscht sind. Und einmal angerechnet gilt dann ein Vertrauensschutz.

Wir fordern aber, dass keine Projekte angerechnet werden, bei denen nicht lückenlos bewiesen ist, dass sie rechtmäßig sind. Wir können doch keinen Vertrauensschutz geben für Gewinne, die auf offenkundig betrügerischen Aktivitäten fußen. Und da auch die Zertifizierungsstellen in die Sache verstrickt waren, muss es eben eine erneute unabhängige Prüfung geben. Und ich glaube, es ist auch völlig klar, dass der Klimaschutzbeitrag, der nicht erbracht wurde, nachgeholt werden muss. Und dafür gibt es neue Wasserstoffoptionen im Markt, angefangen bei der Elektromobilität, über den Wasserstoff bis hin zu den Biokraftstoffen, die alle bereitstehen hier sozusagen den Klimaschutzbeitrag zu erfüllen, der uns verloren gegangen ist.

Ich bitte für dieses Thema auch sehr um Unterstützung aus dem Bundestag. Es ist, glaube ich, offensichtlich, dass man das nicht den Behörden allein überlassen kann. Herzlichen Dank.



Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich rufe auf Katrin Uhlig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Katrin Uhlig** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz herzlichen Dank. Ich richte meine Frage an den NABU und an das Öko-Institut. Die Zeit müssten Sie sich dann entsprechend aufteilen. Aber da es eine ähnliche Frage ist, wollte ich die gerne bündeln und würde gerne noch einen Schritt zurück machen. Und zwar haben wir bei der Bioenergie die Situation, dass wir auch Input brauchen für die Anlagen. Nun haben wir auch in der Diskussion gerade gehört, es gibt verschiedene Vorstellungen, wie viele Anlagen entsprechend mit Biomasse versorgt werden können für die Bioenergie oder für Biomethan. Wir haben auch eine Diskussion, was naturverträglich ist, wofür Biomasse denn eingesetzt werden kann. Könnten Sie einmal erläutern, was aus Ihrer Sicht da notwendig ist, wie der Rahmen ausgestaltet sein sollte und worauf wir achten sollten, wenn wir uns anschauen, in welche Richtung wir Anreize für Bioenergie schaffen? Ich würde mich freuen, wenn zuerst der NABU und dann das Öko-Institut antworten könnten. Danke.

SV **Michaela Kruse** (NABU e. V.): Vielen Dank für die Frage. Wir sehen auf jeden Fall die begrenzten Mengen der Biomasse und – wie auch schon angesprochen – müssen wir da, glaube ich, stark differenzieren. Bei der Biogaserzeugung denke ich, es ist auf jeden Fall notwendig, wie gesagt, zu flexibilisieren, wenn wir da mit den entsprechenden Betriebsstunden runtergehen, werden auch weniger Substrate benötigt und diese können dann zu gewissem Maße aus Rest- und Abfallstoffen und landwirtschaftlichen Nebenprodukten, Zwischenfrüchten usw. gedeckt werden. Aber natürlich ist auch dieses Potenzial einfach begrenzt, zumal wir ja mit der Anbau-Biomasse einfach stark herunter müssen, also den Maisdeckel weiter absenken müssen usw. Deswegen ist das auf jeden Fall ganz wichtig, hier Substratmengen nicht weiter zu erhöhen mit den Anreizen, sondern wie gesagt, die Spitzenlast-Abdeckung und die wirkliche Flexibilisierung dort deutlich voranzutreiben.

Anders sieht es natürlich bei Holz aus. Holzbiomasse ist für uns ein ganz kritisches Thema, weil wir halt einfach sehen, dass reihenweise Städte, Kommunen und auch Unternehmen jetzt vor

allem statt Kohle auf Holzverbrennung setzen. Die Holzmengen werden absehbar nicht reichen. Das UBA hat im Projektionsbericht 2023 die Abschätzung gemacht, dass 2030 noch einmal so viel Holz importiert werden muss wie aus dem heimischen Potenzial vorliegt. Alleine die Pläne in Berlin würden die Zahlen, die in der Biomasse-Strategie jetzt in dem Leak genannt wurden, ausschöpfen.

Also da wird es auf jeden Fall auf problematische Importe hinauslaufen, wenn wir nicht gegensteuern. Das ist ganz wichtig. Und auch bei den Biokraftstoffen haben wir gerade gehört, die Importe sind dort höchst problematisch. Auch bei den Reststoffen ist nicht klar, ob das wirklich Reste sind. Am Ende wird wieder Palmöl importiert auf anderem Wege, wie es aussieht. Und auch da sollte der Anreiz so gering wie möglich sein. Und dann übergebe ich nochmal an Klaus Hennenberg.

Die **Vorsitzende**: Dr. Hennenberg.

SV **Dr. Klaus Hennenberg** (Öko-Institut e. V.): Vielen Dank. Es ist etwas schwierig, das zu ergänzen. In Bezug auf die Menge an Biomasse, die verfügbar ist, wie gerade schon genannt, was im Projektionsbericht drin ist, ist es sehr kritisch, dass die aktuellen politischen Maßnahmen mehr anreizen an Biomasse-Nutzung als inländisch verfügbar ist. Das ist wirklich ein grundsätzliches Problem. Und dann kommt hinzu, dass in dieser Betrachtung noch nicht eingerechnet ist, dass die stoffliche Nutzung ebenfalls gefördert werden soll.

Das heißt, wenn jetzt wirklich die Kreislaufwirtschaft ernst genommen wird und Restabfallstoffe, gerade im Holzbereich – um die 70, 80 Prozent sind technisch ohne Probleme möglich – auch dort in die stoffliche Nutzung zu bringen, in langlebige Produkte im Bau. Das ist eine direkte Konkurrenz und das verschärft die Situation der vermeintlichen nachhaltigen Bioenergienutzung, insbesondere deshalb vermeintlich nachhaltig, weil mit den langlebigen Produkten mehr Klimaschutz erreicht werden kann.

Die **Vorsitzende**: Ich muss leider unterbrechen.

SV **Dr. Klaus Hennenberg** (Öko-Institut e. V.): Ach so, es sind nur drei Minuten für beide zusammen?



Die **Vorsitzende**: Genau, in der ersten Runde vier Minuten für Frage und Antwort, das ist immer ein bisschen schwierig nachzuvollziehen, das gebe ich zu.

Ich rufe jetzt auf, Herrn Hilse von der AfD-Fraktion.

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Frage geht an Herrn Kornatz. Wie wir es heute schon gehört haben, wird ja Bioenergie als Option zum Schwankungsausgleich volatiler Stromspeisung gesehen und auch zur Kraftstoffproduktion, Wärmeerzeugung und so weiter, sodass zumindest ein steigender Bedarf da sein wird. Ob dieser Bedarf jetzt bedient werden wird oder auch nicht, das sei mal dahingestellt. Aber wie ist mit Blick darauf die Perspektive der Bioenergie zu bewerten, wenn das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft implizit den Ertrag über Beschränkung der Nutzung von Chemikalien und Düngemitteln beschneidet und auch den Import von Biomasse letztendlich beschränken möchte, was aus unserer Sicht auch gar nicht so unklug ist. Aber wie gehen Sie davon aus, dass dann – wie schätzen Sie die Erzeugungskosten von elektrischer Energie ein, wenn also quasi der Bedarf an Biomasse letztendlich eingeschränkt wird durch den Gesetzgeber, erstens durch die Nichtmehrnutzbarmachung von bestimmten Flächen und so weiter und so fort, aber eben auch durch die Einschränkung von Importen von Biomasse. Also wie sehen Sie dann quasi die Erzeugungskosten in Zukunft?

Die **Vorsitzende**: Dr. Kornatz.

SV **Dr. Peter Kornatz** (DBFZ): Ja, die Erzeugungskosten von Biomasse, gerade durch Importe, vielleicht darf ich das hier mal aufgreifen. Mir ist es wichtig, dass es, sollte es letztendlich zu Importen kommen, sich hier um fairen Handel handelt, das heißt praktisch Arbeitsbedingungen und Umweltschäden richtig mit eingepreist werden. Das haben wir gerade bei jetzt importiertem Palmöl zum Beispiel, wenn man mal auf Palmöl BHKWs geht, was wir in der Vergangenheit ja haben oder die Wege, die es da gab, war ja alles nicht – deshalb konnte man mit den Importen günstig handhaben und wenn dies beseitigt ist und wir hier mit fairen Bedingungen handhaben, dann erledigt sich das letztendlich von allein, weil dann der Transport

entscheidend ist. Das ist ein Punkt.

Auch, wenn wir jetzt mal auf die fossilen Energieträger schauen, müssen wir gucken, momentan gehen ja unsere erneuerbaren Energieträger – ich sage jetzt nicht extra Bioenergie – nicht in einen fairen Wettbewerb, wir haben für die fossilen Energieträger letztendlich auch Subventionen, keine Einpreisung von Umweltschäden. Sobald wir mal einen ehrlichen CO<sub>2</sub>-Preis haben, der momentan viel zu niedrig ist, steht das hier letztendlich auch aus – momentan steht der irgendwo unter 100 Euro, keine Ahnung, aber wir brauchen locker über 500 und mehr. Dann können wir mal langsam von einem anständigen, fairen Wettbewerb reden.

Wenn es ehrlich bepreist wird, sehe ich da jetzt erstmal keine Probleme im Vergleich der Produktionskosten, dann sind wir nämlich mit den Erneuerbaren darunter oder zumindest gleichwertig. Die Kilowattstunde aus Biogasanlagen liegt momentan, je nachdem, welche Anlage man unterstellt und so weiter, bei 14 Cent, 15 Cent um den Dreh. Da kommen wir etwa raus. Danke sehr.

Die **Vorsitzende**: Dann rufe ich auf den Kollegen Stockmeier von der FDP-Fraktion.

Abg. **Konrad Stockmeier** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich richte meine Frage an Herrn Dr. Kornatz und schicke einleitend voraus, dass Biomasse unbestrittenermaßen ein wertvoller Rohstoff ist in all ihrer Vielseitigkeit, sowohl für stoffliche als auch für energetische Nutzungen. Ich will nochmal in Erinnerung rufen, dass alle, die sie nutzen, jetzt auch schon in einem betriebswirtschaftlichen Kalkül zu agieren haben, dass sich ja Natur gegebenermaßen auch durch Knappheiten auszeichnet und darstellt. Das kommt bei manchen der ein oder anderen Einlassungen zu kurz.

Leiten manche Akteure jetzt die Notwendigkeit ab, die Verwendung von Biomasse regulatorisch oder über Fördermechanismen zu steuern und gegebenenfalls in manchen Gebieten, zum Beispiel der energetischen Nutzung, das haben wir ja auch gehört, einzuschränken oder unter Umständen sogar auch völlig zu untersagen? Da wäre meine Frage an Sie, wie bewerten Sie das insgesamt?

Die **Vorsitzende**: Herr Dr. Kornatz.





SV **Dr. Peter Kornatz** (DBFZ): Danke sehr. Generell, wir haben das jetzt gesehen, EEG, Maisdeckel und Herr Müller hat das ja auch erwähnt, wie es in Thüringen aussieht mit Maisanbau und nachwachsenden Rohstoffen. Von generellen Verboten und Einschränkungen halte ich erstmal grundsätzlich nichts, weil die letzten Endes auch zu Fehlsteuerungen führen. Denn Thüringen und Sachsen brauchen wir oder haben dankenswerterweise Energiepflanzen in der Fruchtfolge, um überhaupt hier eine Fruchtfolgediversität hinzubekommen. Sonst sieht das nämlich so aus: Weizen, Weizen, Raps. Das ist letzten Endes an der Stelle natürlich auch nicht zielführend. Wenn ich mal von der Priorisierung her die Dinge, die ich aus der NABIS (Nationale Biomassestrategie) sehe, angucke, muss ich mir letzten Endes auch Gedanken machen, ob ich das nachher auch so konsequent einsetzen möchte. Denn das würde im Endeffekt bedeuten, dass wir sämtliche Dinge auf Food und Feed konzentrieren und das heißt, ich fange dann auch an, Zwischenfrüchte zu verfüttern. Das wird dann passieren, wenn man das wirklich konsequent und entgegen der Wirtschaftlichkeit ansieht.

Man muss hier deshalb gucken, Bioenergie sollte eher in den Markt gestellt werden und wir müssen zusehen, dass wir die fossilen Energieträger ehrlich bewerten. Dann werden sich hier die Wege letztendlich alleine ergeben. Gerade auch die Sache, die ich angesprochen habe bezüglich Emissionsschutz. Wir müssen Bioenergie nicht nur in Bezug auf die Energieerzeugung sehen, sondern auch letztendlich eine Vergütung des Nutzens, die sie erzeugen kann. Emissionsschutz, Gewässerschutz, das sind alles Dinge, die hier mitgetragen werden und gesellschaftlichen Nutzen bringen und dann wird es hier letztendlich eine Marktinteraktion geben. Hier sehe ich Chancen. Von allgemeinem Verbot oder Einschränkungen in dem übergeordneten Sinne halte ich, wie gesagt, nichts. Das sind auch Dinge, die sich letztendlich über die gute landwirtschaftliche Praxis ergeben und ergeben müssen. Danke sehr.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Kornatz. Ich rufe jetzt auf, wenn das in Ordnung ist, Herr Stockmeier, Ralph Lenkert von der Gruppe Die Linke.

Abg. **Ralph Lenkert** (Die Linke): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank an die

Sachverständigen. Meine Frage geht an Herrn Müller. Bioenergie könnte hervorragend die Lücken der Wind- und Solarenergieerzeugung ausgleichen und ist für mich unverzichtbar für die Energiewende. Wie ist aus Ihrer Sicht die Lage der Biogasanlagen und welche Bedeutung hat die dezentrale Bioenergieerzeugung?

Die **Vorsitzende**: Herr Müller, drei Minuten und 38 Sekunden. Sie können loslegen.

SV **Thoralf Müller** (Thüringer Bauernverband): Vielen Dank, dann würde ich mich auch kurzhalten. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen wird es zu weiteren Schließungen, Stilllegungen von Biogasanlagen kommen – das sehen wir auch hier in Thüringen – die jetzt auslaufen. Damit besteht die Gefahr, dass auch regionale Wärmenetze mit stillgelegt werden müssen.

Was aber viel wichtiger ist, sind zum einen die hoch gesteckten Klimaschutzziele. Die können dann aus meiner Sicht nicht mehr erreicht werden, gerade auch das ganze Thema aus der Landwirtschaft. Methanemissionen würden dann wieder zunehmen. Wir würden auf dem Land durch die Ausbringung von Rohgülle höhere Geruchsbelastung haben. Wir würden die Lebensqualität auf dem Land wieder verschlechtern. Aber noch wichtiger ist aus meiner Sicht, wir würden mit der Stilllegung von Biogasanlagen regionale Wertschöpfungsketten vernichten. Regionale Kreisläufe würden in Frage gestellt werden.

Die energetische Nutzung von tierischen Abfallstoffen stellt für uns Landwirte zusätzliche Einnahmen dar. Wir führen oder wir erzeugen mit den Gärsubstraten hochwertige organische Dünger für unsere Böden und können damit Mineraldünger einsparen. Alles Kreisläufe, die dann in Frage gestellt werden. Ein wichtiger Punkt für uns Landwirte ist die Erzeugung von erneuerbarer Energie. Das ist ein wichtiger Stabilitätsfaktor in den Betrieben, gerade in den heutigen Zeiten, wo wir mit den Wetterumbildungen zu kämpfen haben, die wir nicht beeinflussen können.

Wir müssen stark schwankende Marktpreise irgendwie kompensieren. Wir müssen Streichungen von öffentlichen Mitteln hinnehmen. Aber wir stehen auch vor großen Herausforderungen in der Landwirtschaft. Stichwort Umbau, Tierhaltung. Alles das wird viel Geld kosten und viel



Anstrengung von uns verlangen. Und da ist gerade die Energieerzeugung aus Biogas ein sehr wichtiger Faktor, um all die Aufgaben zu lösen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ralph?

Abg. **Ralph Lenkert** (Die Linke): Ich hätte noch eine kurze Nachfrage. Sie sprachen davon, dass etliche Nahwärmenetze gefährdet sind. Wie würde sich das denn auf die Akzeptanz der Wärmewende im ländlichen Raum auswirken?

SV **Thoralf Müller** (Thüringer Bauernverband): Das wäre natürlich fatal, wenn die Leute, die Bürger – und es sind ja nicht nur Privatpersonen, sondern auch öffentliche Haushalte – im Vertrauen auf die Politik die fossilen Heizungen ausgebaut haben und sich jetzt mit erneuerbarer Wärme versorgen, die sich dann wieder umstellen müssten. Ich weiß nicht, was die dann von der Politik halten.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir beginnen mit der zweiten Runde. Für Frage und Antwort drei Minuten. Es startet der Kollege Markus Hümpfer von der SPD-Fraktion.

Abg. **Markus Hümpfer** (SPD): Frau Vorsitzende, vielen Dank. Meine Frage geht an Matthias Dümpelmann. Mich würde interessieren, was die zukünftige Rolle der Bioenergie denn sein kann, gerade wenn wir uns den Bereich der Kosten anschauen. Es gibt ja nach wie vor viel Kritik aufgrund der mangelnden Nachhaltigkeit, zum Beispiel auch bei der Nutzung von Altholz oder Müll. Was ist von dieser Kritik zu halten?

Die **Vorsitzende**: Dr. Dümpelmann.

SV **Dr. Matthias Dümpelmann** (8KU GmbH): Vielen Dank für die Frage. Die künftige Rolle der Bioenergie neben der stofflichen Nutzung, neben der Nutzung für hochkalorische Prozessenergieanwendungen, besteht natürlich dort, wo das knappe Gut Bioenergie möglichst vollständig eingesetzt wird. Wie könnte es anders sein? Das ist in der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme. Das referenziert auch auf das gerade gehörte. Wenn ich nur ein Peta baue auf der Basis von Bioenergie, dann habe ich einen Wirkungsgrad irgendwo bei 35, 40 Prozent, wenn es gut

läuft. Wenn ich das Ganze im KWK-Prozess tue, liege ich irgendwo bei 85 bis 90 Prozent. Das ist ein erheblicher Effizienzvorteil. In dem Maße, in dem ich tatsächlich, wie hier genannt, die Bioenergie einsetze für den Lastfolgebetrieb, kann ich die Stunden reduzieren. Das heißt, der Zeitausschnitt, wo das teuer ist, wird bezogen auf das gesamte System, das auf Wind und PV basiert. Diese 500.000 Stunden, die es teurer ist, schlagen sich in der Summe gar nicht so groß nieder, weil sich das in den vielen anderen Stunden, die auf der Basis von Wind und Sonne produziert wird, in der Intensität gar nicht auswirkt. Also ganz klares Plädoyer dafür, dieses kostbare Gut klug und effizient in KWK einzusetzen.

Es gibt ja eine angekündigte KWK-Evaluierung, die laut KWKG im Jahr 2022 vorgelegt wird. Das ist von heute an gerechnet in zwei Jahren. Nein, das war natürlich ein Scherz. Das spielt wirklich eine große Rolle. Es gibt Kritik am Einsatz von Altholz. Es ist interessant, dass die Kritik sich immer energiewirtschaftlich äußert und nicht in Bezug auf die Kreislaufwirtschaft. Wir haben ja ein Kreislaufwirtschaftsgesetz mit einer klaren Nutzungskaskade. Wenn ich irgendwo alte Paletten liegen habe, die am Ende noch behandelt werden, dann ist der Ultima-Ratio-Einsatz tatsächlich in der energetischen Nutzung. Das ist nicht verwunderlich. Die Alternative ist es, das Zeug zu stapeln, und dann hat man wieder das Problem, dass man in der Deponierung ist. Am Ende ist es eine Frage der Durchsetzung von Kreislaufwirtschaft. Wenn das durchgesetzt wird, ist das ein nennenswertes Problem mit der Nutzung in KWK-Anlagen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ich erteile das Wort Dr. Lenz von der CDU/CSU Fraktion.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Wenn man sich die Dimension des Betrugs beim Zertifikatehandel anschaut, dann erwarten wir wirkliches Handeln und nicht nur Achselzucken, weil das schon erheblich ist. Meine Frage richtet sich an Frau Rostek und Herrn Fritsch. Wir sehen, dass Potenzial da ist, das aber im Moment nicht genutzt wird. Was ist konkret notwendig, um die Potenziale zu heben? Gerade auch, was die Ausschreibungsmengen betrifft, die Höchstgebote, die Flexibilisierungsfrage betrifft. Hier noch mal die konkreten Antworten bzw. Hinweise aus der



Branche. Und vielleicht noch mal kurz ein Satz, dass unter Umständen auch das Setzen auf Biomethan den Bestandsanlagen nicht in Gänze etwas bringen wird. Danke.

**SV Sandra Rostek** (Hauptstadtstudio Bioenergie): Vielen Dank für die Frage. Ich glaube, es ist wichtig, wir brauchen jetzt eine Weiterbetriebsperspektive. Da drängt die Zeit wirklich sehr. Wir haben es gehört, erste Anlagen schließen. Die Situation wird sich über die kommenden Jahre massiv verschärfen. Wir müssen aber auch die Anlagenbetreiber haben, die auf der Suche nach einer Weiterbetriebsperspektive sind und die aktuell keinen Zuschlag im EEG finden können, weil dieses Volumen einfach so gering ist. Wir reden, das ist ganz wichtig, hauptsächlich über Bestand. Wir reden nicht über Neuanlagen. Wir reden darüber, den Bestand weiterzuentwickeln und zu optimieren. Da haben wir ein sehr großes Pfund in der Hand, mit dem wir wuchern können. Ein Weg kann es sein, das hatten Sie angesprochen, auf Biomethan aufzubereiten. Das ist für einige Anlagen eine sehr gute Perspektive. Für viele andere aber eben nicht, weil das Gasnetz zum Beispiel einfach weiter entfernt ist. Dann kann man über Sammelleitungen nachdenken.

All solche Ansätze verfolgen wir, aber es wird sozusagen auch netzferne Regionen geben, wo dann zum Beispiel das angesprochene Bioenergie-Nahwärmenetz eine tolle Option ist. Das heißt, man kann nicht alles über einen Kamm scheren, man muss das quasi sehr regional betrachten und auch im Sinne einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft vor Ort jeweils das beste Konzept ausmachen. Damit würde ich vielleicht an Herrn Fritsch übergeben.

**SV Thomas Fritsch** (BALANCE GmbH): Vielen Dank an meine Vorrednerin, sie hat schon viele Punkte genannt. Potenzialhebung. Als Anlagenbetreiber stehen wir auch vor der Situation, Anlagen zu schließen, weil sie einfach keine Perspektive haben, nicht im EEG und auch nicht – Frau Rostek hat das gerade genannt – netzfern. Das heißt, die Anschlussbedingungen, um die Anlage in Aufbereitung und Einspeisung zu bringen, sind nicht gegeben und wirtschaftlich nicht darstellbar. Hier suchen wir Ansätze, es ist vorhin genannt worden, Nahwärmekonzepte, Gebäudeenergiegesetz, wo das Thema Biogas, Biomethan natürlich

auch eine Option spielen kann. Das sind dann Optionen, die wir suchen, die wir angehen. Hier vermissen wir aber Planungssicherheit und einen rechtssicheren Rahmen, der Investitionen zulässt.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank. Ich erteile das Wort Lisa Badum von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Abg. Lisa Badum** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Als bayerische Abgeordnete ist mir die Bioenergie natürlich ganz besonders wichtig und deswegen freue ich mich auch, dass wir heute darüber sprechen. Es ist ja von einigen schon thematisiert worden, wie führt man die Bioenergie jetzt in die Zukunft, die sicherlich nicht genauso aussehen wird, wie in den letzten 20 Jahren. Aber wie kann man in Zukunft systemdienlich, flexibel, nachhaltig, auch wirklich wertvoll installierte Leistungen am Netz halten. Ich glaube, das ist das, was uns alle umtreibt und Frau Rostek, Sie hatten es angesprochen, das Thema Biomethan, das kommt für viele – auch gerade kleinere Biogas-Bauern – eher nicht in Frage. Das ist auch mein Erfahrungswert und deswegen würde ich gern ein paar Fragen an Frau Peter stellen. Und zwar, Sie hatten das Thema Flexbonus als eine wichtige Maßnahme angesprochen, um beides zu erreichen, Systemdienlichkeit und Leistung am Netz zu halten. Würden Sie sagen, das ist aktuell auch die wichtigste Forderung, wenn man sich jetzt kaprizieren muss in der Priorisierung? Wie schätzen Sie die Forderung ein, die Ausschreibungsmenge auf die Bemessungsleistungen auszurichten? Ist das sinnvoll, ist das für viele relevant oder eher nicht? Und, letzte Frage auch nochmal zum Thema Nahwärmenetze, gibt es Zahlen, wie viele Häuser, Gebäude das wirklich betreffen würde? Es sind natürlich viele kleine Nahwärmenetze und genau, also wie groß das Ausmaß der Wärmeversorgung aktuell ist. Danke.

**Die Vorsitzende:** Frau Dr. Peter.

**SV Dr. Simone Peter** (BEE): Ja, vielen Dank für die Fragen. Den Vorbemerkungen kann ich nur zustimmen, dass wir uns darum kümmern müssen, diesen wertvollen Schatz zu erhalten. Wie Frau Rostek eben ausgeführt hat, es geht sehr stark um den Bestand. Wir haben einen hohen Bestand und jetzt die Möglichkeiten, diese Potenziale zu



nutzen. Flexibilität ist die neue Leitwährung in der Energiewirtschaft, ich habe eben schon auf unsere Studie, die wir mit Fraunhofer zusammen gemacht haben, vor zweieinhalb, drei Jahren hingewiesen. Wo wir nachgewiesen haben, dass durch die Nutzung der Flexibilität, vor allem durch Bioenergie, aber eben auch Wasserkraft, Geothermie, Speicher, Sektorenkopplung, insgesamt Volkswirtschaft profitiert und wir gleichzeitig Anreize generieren, um den Biogasanlagen eine Perspektive zu geben. Da springt, wie vorhin auch schon gesagt, der Fokus auf die Peaker zu kurz und es wäre wichtig, den Fokus stärker auf die Kraft-Wärme-Kopplung zu lenken, um Strom und Wärme gewinnbringend regional zu erzeugen. Da spielt natürlich – auch ein wichtiges Stichwort, das Sie genannt haben – das Thema Systemdienlichkeit eine große Rolle. Wir haben das auch gerade vor zwei Wochen hier im Bundestag an die Abgeordneten adressiert. Alles, was wir jetzt aufbauen, braucht systemdienliche Wirkung, das betrifft die H<sub>2</sub>-Gaskraftwerke, das betrifft die Elektrolyseure, das betrifft die Netze und das betrifft natürlich auch die Biogasanlagen, die das aber per se bringen, weil sie eben regional aufgestellt sind und hier ihre Wirkung am besten erzeugen. Das greift dann auch über auf das Thema Nahwärme. Wir erleben das jetzt gerade Land auf Land ab, in den Kommunen, bei den Stadtwerken, regionalen Energieversorgern werden die Pläne jetzt erarbeitet. Da ist im ländlichen Raum das Thema Bioenergie von großer Bedeutung, da haben wir die Potenziale, die werden jetzt genutzt und deswegen ist es wichtig, dass wir hier auch Perspektiven setzen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Peter. Ich rufe auf die AfD-Fraktion, Herrn Kotré.

Abg. **Steffen Kotré** (AfD): Ja, vielen Dank. Meine Frage geht an Herrn Dr. Dümpelmann und auch an Herrn Olzem. Hat die Bioenergie jemals die Chance, aus den Subventionen rauszukommen? Bioenergie ist ja der teuerste Energieträger, den wir überhaupt haben, auch innerhalb der sogenannten erneuerbaren Energien und das schon seit Jahren und da ist ja keine Änderung abzusehen. Deswegen die Frage, wenn wir uns die Vergütungssätze anschauen, jetzt die höchsten Maximalen, auch in der Ausschreibung, dann liegen die ja um ein Vielfaches teurer als bei anderen

Energieformen. Sehen Sie irgendwie eine Chance, dass Bioenergie jemals wettbewerbsfähig sein könnte? Herr Dr. Dümpelmann.

SV **Dr. Matthias Dümpelmann** (8KU GmbH): Vielen Dank. Eine Hälfte für mich, eine Hälfte für Herrn Olzem.

Das Geheimnis der Antwort auf Ihre Frage liegt in der sehr alten Unterscheidung zwischen Arbeit und Leistung. Arbeit wird ja erzeugt auf der Basis von Wind und Photovoltaik, vielleicht so am langen Ende um die 5 000 Terawattstunden pro Jahr. Die Kosten in der Erzeugung, vielleicht lassen wir es mal 5 Cent sein. 500 mal 5 Cent sind 25 Milliarden. Wenn Sie jetzt die Bioenergie in diese Form des Lastfolgebetriebs tun, dann kostet die vielleicht 15 Cent, dann sind Sie bei 15 Cent mal 500 Terawattstunden, das sind irgendwie 7,5 Milliarden Euro.

Anschließend müssen Sie dann hergehen und die 27,5 Milliarden durch 550 TWH dividieren und Sie hätten dann einen Mischpreis. Das bedeutet, Bioenergie steht für Leistung, nicht für Arbeit. Wenn es ein ordentliches Marktdesign gibt, was die Bundesregierung uns versprochen hat, dann ist die Wirtschaftlichkeit von Bioenergie deutlich näher. Wie gesagt, das beruht dann auf der Unterscheidung zwischen Arbeit und Leistung.

Die **Vorsitzende**: Herr Olzem.

SV **Bastian Olzem** (BDEW): Vielen Dank. Ich denke, für sich alleine genommen ist die Biomasse dann auch nicht zu betrachten, sondern das ist immer ein System. Wenn wir jetzt beispielsweise von KWK-Wärmenetzsystemen sprechen, ist dann beispielsweise ein Biomasse-Spitzenlastkessel zur Absicherung, also N-1-Absicherung, ein Bestandteil. Insofern kann man nicht per se davon sprechen, „wird die Biomasse jemals wirtschaftlich“. Man muss sich dann die Teilbereiche anschauen, Spitzenlastkessel auf Biomasse-Basis als Absicherung in einem Nahwärmenetz. Ja, durchaus kann der wirtschaftlich laufen.

Das andere Thema ist heute schon mal angesprochen worden, Internalisierung externer Effekte. Haben wir sicherlich auch noch Nachholbedarf. Der CO<sub>2</sub>-Preis ist aktuell sehr niedrig, was natürlich nicht gut ist für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Also hier ist noch einiges zu



tun, auch was die faire Treibhausgas-Bepreisung weltweit, also im weltweiten Handel von Produkten und Dienstleistungen angeht.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Olzem. Ich rufe auf Herrn Stockmeier von der FDP-Fraktion.

Abg. **Konrad Stockmeier** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich richte meine Frage wieder an Herrn Dr. Kornatz und möchte das nochmal aufgreifen, was eben auch schon angetönt worden ist und noch mal in Erinnerung rufen, dass das Marktumfeld für Bioenergie sich ja durchaus in einem dynamischen Wandel befindet. Also Stichworte ETS, aber jetzt dann eben auch bald im Rahmen der Europäischen Union, Gott sei Dank ETS 2, die kommunale Wärmeplanung mit all ihrer Technologievielfalt, die wir auf den Weg gebracht haben, das Gebäudeenergiegesetz und am Horizont brauchen wir auch so schnell wie möglich Kapazitätsmarkt. Das wird ceteris paribus höchstwahrscheinlich nochmal einen Push für klimaneutrale Energieträger geben. Meine Frage wäre jetzt nochmal, welche Perspektiven sehen Sie jetzt auch für förderfreie Geschäftsmodelle in der Zukunft? Klammer auf, spielt da technologische Innovation auch noch eine Rolle und welche Brücken müssten wir als Gesetzgeber dahin bauen?

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dr. Kornatz, bitte.

SV **Dr. Peter Kornatz** (DBFZ): Also kommen wir mal auf den Aspekt förderfreie Geschäftsmodelle. Das wird ganz klar eintreten, ich haue nochmal in die Kerbe, CO<sub>2</sub>-Bepreisung, Einbringung von Externalitäten, sprich Umweltdienstleistungen mit Einpreisen, die man letztendlich im Extremfall – das ist ein Extremfall, den konstruiere ich – auf die Nachfrage, sprich den Verbraucher umlegt. Damit haben wir dann in dem Sinne keine Förderung mehr, keine Subventionen, sondern wir bepreisen die bedruckten Produkte einmal so, wie sie wirklich ehrlich sind. Wie man das mit dem Außenhandel regelt, das ist eine ganz andere Frage. Ich meine, es sind Dinge wie Steuern auf solche Dinge im Gespräch oder Tierwohlcent, bringt den Nachteil der Rückverteilung, es kommt nicht zielführend an, weil wir eine freie Budgetverfügung letztendlich über Steuern haben und keine Zweckbindung.

Also, wenn wir das haben, dann kommen wir da

tatsächlich auf dieses Feld hin. Momentan tatsächlich schwierig, aber wenn wir jetzt mal anlagebezogen sind, können wir tatsächlich schon sagen, wir haben Anlagen, die relativ gut laufen unter bestimmten Marktbedingungen. Gerade hier in den Zeiten schwankender Gaspreise, die sich auf die Strompreise ausgewirkt haben, hatten wir die hochflexiblen Anlagen, die erst mal sehr gut tragfähig waren. Jetzt sieht es auch wieder ein bisschen anders aus. Damit will ich es erst mal belassen. Danke sehr.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Wir starten die Runde Nummer drei. Ebenso drei Minuten für Frage und Antwort. Wir beginnen mit Markus Hümpfer von der SPD-Fraktion.

Abg. **Markus Hümpfer** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Frage geht an Herrn Zerger von der DUH. Mich würde interessieren, welche Auswirkungen die Vorschläge aus dem Antrag auf die Kosten für Verbraucherinnen und Verbraucher haben und vielleicht noch zusätzlich mit Blick auf die Flächenverfügbarkeit und Effizienz. Wie ordnen Sie den Einsatz von Biomasse zur Energieerzeugung im Vergleich zu anderen erneuerbaren Energiequellen ein? Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herr Zerger, bitte.

SV **Constantin Zerger** (DUH): Herzlichen Dank für die Frage. Ich fange mal mit den Kosten an, weil ich glaube, das ist in der Tat ein wenig beachteter Bereich. Was das dann auch für Verbraucherinnen und Verbraucher bedeuten würde. Ich wähle mal das Beispiel aus dem Gebäude-Energie-Gesetz. Wenn jetzt tatsächlich ein Verbraucher, ein Haushalt, ein Einfamilienhaus seine Pflicht, 65 Prozent erneuerbare Energien in der Wärme zu nutzen, mit Bioenergie in der Gasheizung erfüllen würde, dann würde das laut der Deutschen Energieagentur, der dena, Mehrkosten von knapp 60 Prozent gegenüber der reinen Nutzung von Erdgas bedeuten. Das ist je nach Effizienz, Alter und Größe des Hauses ein Betrag von jährlich 500 bis 1.000 Euro. Das heißt, wir haben gerade, weil wir diese Perspektive dort ja auch geschaffen haben – jetzt noch Gasheizung einzubauen, und später mit einem hochlaufenden Anteil von Biogas dann die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen – eine wunderbare Kostenfalle für Verbraucherinnen



und Verbraucher im privaten Bereich geschaffen. Weil die, die das jetzt im guten Glauben an niedrige Kosten einbauen, die werden dann eben später von hohen Kosten, die vielleicht noch höher liegen, mit einer wachsenden Nachfrage, dann eingeholt werden.

Wir haben jetzt auch schon mehrfach die relativ hohen Gestehungskosten von Bioenergie angesprochen.

Ich glaube, das Wesentliche an der Stelle ist, dass wir in der Tat deshalb die Bioenergie dort priorisieren müssen, wo wir in Lastspitzen dann auch einen wirtschaftlichen Anwendungsfall haben und die Wärme auch vor Ort tatsächlich genutzt werden kann. Das funktioniert auch mit Spitzenlastkraftwerken, wenn man diese mit Speichern kombiniert. Flächeneffizienz bleibt ein ganz, ganz wichtiger Punkt und bleibt auch ein wichtiger Punkt, weil insgesamt brauchen wir ja sehr viel mehr Strom. Und mehr Strom auf derselben Fläche erzeugen wir einfach durch Solar und durch Wind und zwar in ganz großem Maße.

Wenn ich das dann noch auf die Wärmeebene bringe, wenn ich dahinter eine Wärmepumpe oder Großwärmepumpe setze, auch für ein Wärmenetz, dann habe ich natürlich eine Größenordnung, eine höhere Energieeffizienz, eine höhere Ausbeute aus der zur Verfügung stehenden Fläche. Aber die Voraussetzung dafür ist eben tatsächlich auch die fortschreitende Elektrifizierung, dann auch in der Gebäudewärme, um dann da auch die Anforderungen der Wärmewende erfüllen zu können.

Also unter dem Strich, die Bioenergie hat aus dem Grund genau ihre Anwendungszwecke dort, wo sie in der Spitzenlast mit ihrer Flexibilität dezentral in lokalen Strukturen mit nachhaltigen Substraten einen Beitrag leisten kann.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, ich rufe auf Mark Helfrich von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Mark Helfrich** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, meine Frage richtet sich an Herrn Fritsch und zwar, welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach Biogas und Biomethan für die Dekarbonisierung unserer Volkswirtschaft heute und 2045. Und ist es Ihrer Meinung nach sinnvoll, mit Hilfe einer Quote die Potenziale, die auch Importe einschließen, zielgerichtet zu stimulieren und

abzuschöpfen? Die CDU/CSU wird sich in dieser Hinsicht in der nächsten Zeit mit einem Antrag im Deutschen Bundestag einbringen, insofern würde mich Ihre Meinung sehr interessieren.

Die **Vorsitzende**: Herr Fritsch.

SV **Thomas Fritsch** (BALANCE GmbH): Vielen Dank für die Frage. Wir haben heute ja schon mehrfach gehört, dass rund 10 000 Biogasanlagen im Markt vorhanden sind und auch mehrfach gehört, wir reden von Bestandsanlagen und nicht zwingend vom Neubau. Wir haben also letztes Jahr rund 100 Terawattstunden Primärenergie in den Biogasanlagen umgesetzt. Ich glaube, Zahlen haben wir heute schon genug gehört, das sind 31 Terawattstunden Bruttostrom, die bereitgestellt worden sind. Auch Wärme stellen die Anlagen bereit in Höhe von rund 18 Terawattstunden. Auch das Thema Verkehr wurde heute schon genannt, sicherlich in untergeordneter Rolle. Auch hier sehen wir, dass Potenzial vorhanden ist. Wir haben vorhin gehört, dass Missbrauch stattgefunden hat und deshalb sicherlich der deutsche Ansatz dort etwas zurückgegangen ist. Aber mit unseren bestehenden Anlagen haben wir heute schon einen großen Anteil an den jeweiligen Märkten, die ich gerade genannt habe. Wir haben heute schon eine THG-Einsparung und rund 20 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent, was in der Biogasbranche heute eingespart wird. Wir sind weitestgehend unabhängig von geopolitischen Entwicklungen, das Wort kam gerade, Krise, Gaskrise, Stromkrise. Die letzten zwei Jahre, ja, es war sehr attraktiv für die Biogasbranche. Und wir haben auch gesehen, dass wir auf unserem deutschen Bundesgebiet in der Lage sind, Energie zu produzieren und bereitzustellen. Sichere Wertschöpfung hat es gebracht in Deutschland, wir haben Kreislaufwirtschaft, ich habe das Thema Bio-Landwirte, die natürlich angewiesen sind auf die Rückführung des Gärproduktes, hier Vermeidung von konventionellen Düngern und so weiter.

Wenn wir jetzt nach vorne schauen, 2045, dann sind auch die Moleküle zukünftig für eine Energiewende ein wesentliches Element der Transformation. Wasserstoff ist heute schon mehrfach genannt worden, auch das kann eine Biogasanlage leisten. Hier sind wir bereit und selbst, wenn wir auf das BMWK-Langfrist-Szenario schauen, sehen wir, dass noch 360 Terawattstunden Gas aus



Erneuerbaren hier von Bedarf sind. Da kann die Biogasbranche, die Biomethanbranche einen wesentlichen Beitrag leisten. Das Ganze in Kombination mit Importen, auch hier haben wir schon gehört, da braucht es Regeln und die müssen erstellt werden. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, ich rufe auf, Katrin Uhlig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Katrin Uhlig** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz herzlichen Dank, meine Frage richtet sich an das Öko-Institut. Könnten Sie einmal darstellen, inwieweit Sie die Rolle der Bioenergie mit Blick auf die Klimaneutralität bis spätestens 2045 beurteilen und mit Blick darauf, welche Leistungen im Energiesystem der Zukunft von der Bioenergie erbracht werden können. Da Sie eben etwas knapp in der Zeit waren, können Sie auch gerne noch etwas zum Biomasse-Input ergänzen, was eben vielleicht zu kurz gekommen ist.

Die **Vorsitzende**: Danke. Dr. Hennenberg, bitte.

SV **Dr. Klaus Hennenberg** (Öko-Institut e. V.): Vielen Dank. In Bezug auf 2045, um Klimaneutralität zu erreichen, haben wir große Herausforderungen im LULUCF-Sektor, Land Use Change and Forestry. Das heißt, dort müssen wir Senkenleistungen erzeugen, um verbleibende Restemissionen aus der Landwirtschaft und Industrie zu kompensieren und dazu brauchen wir schlicht wieder biogene Ressourcen. Wir brauchen Senkenleistungen in Waldflächen, die müssen wir versuchen zu erhalten und wir brauchen Aufforstung, wir brauchen Wiedervernässung von Moorböden in der Landwirtschaft und im Gesamtklang dessen, wenn man sich die Dimensionen anschaut, ungefähr eine Million Hektar der organischen Böden, Moorböden sind vernässbar, dort können wir pro Hektar 30 Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen.

Mit Biogas schafft man auf einem Hektar ungefähr 8 Tonnen in Relation an Einsparungen gegenüber Fossilien. Fossile werden dann aus dem System sein, wir haben gar nicht mehr die Substitution, das heißt, das fällt weg. In Summe ist es also viel effizienter, die 1,4 Millionen Hektar Biogasanbau zu reduzieren, stattdessen Moorvernässung zu betreiben und verbliebene Flächen, die dann auch noch frei werden, durch PV-Freiflächenanlagen zu bestücken, um dort eben diese hohen

Flächeneffizienzen in den PV-Anlagen zu heben. Das heißt, alles, was Richtung Anbau-Biomasse geht, wird bis 2045 aus Systemsicht zu reduzieren sein.

Das, was bleiben sollte, sind Rest- und Abfallstoffe, die dann möglichst systemdienlich eingesetzt werden. Das heißt, wenn Biogas erzeugt wird, sollte es möglichst zu zentralen Orten gebracht werden. Ob es jetzt über Leitung geht, ist fraglich, weil die Gasnetze auch sehr wahrscheinlich abgebaut oder reduziert werden müssen, weil ja viel weniger klassisches Erdgas transportiert werden muss. Optionen Richtung verpressen von also in Drucktanks Biogas dann zu transportieren zu Punktquellen, ist die Frage, ob das technisch geht, müsste man eher die Biogasexpertinnen fragen.

Aber wir haben halt im Biogas sowohl CO<sub>2</sub> als auch Methan und letztlich brauchen wir dieses CO<sub>2</sub> auch, um es ins Bio-CCS zu bringen und dazu sollte es immer möglichst an Punktquellen sein, wo dann auch diese Option genutzt werden kann, um diese negativen Emissionen zu heben. Das heißt, das Gesamtsystem muss eigentlich vom Ziel her gedacht werden, 2045, welche Elemente brauchen wir? Und da sind die heutigen Strukturen an vielen Stellen schlicht nicht passend.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Ich rufe auf Herrn Kotré von der AfD-Fraktion.

Abg. **Steffen Kotré** (AfD): Vielen Dank. Meine Frage geht an Frau Kruse vom NABU. Wie bewerten Sie die Umweltbeeinträchtigungen bei der Biomasseverarbeitung auf die Naturräume, hinsichtlich einer möglichen Konzentration von per- und polyfluorierten Chemikalien als Ewigkeitslasten oder eben hinsichtlich einer möglichen Überdüngung oder endokrinen Disruptoren, die sich dann aus dieser Konzentration ergeben können?

Die **Vorsitzende**: Frau Kruse.

SV **Michaela Kruse** (NABU e. V.): Vielen Dank. Können Sie nochmal kurz sagen, wo Sie die PFAS (per- und polyfluorierte Alkylverbindungen) - Quellen dort sehen?

Abg. **Steffen Kotré** (AfD): Wenn Biomasse verarbeitet wird, wenn Biomasse dann entsprechend



verstromt wird und als Reststoff bleibt, bzw. vorher auch schon, dann haben wir Reststoffe in Konzentration. Die kommen so natürlich in der Natur erst mal nicht vor in dieser Konzentration, aber durch diese Verarbeitung der Biomasse konzentrieren sie sich. Und da ist eben die Frage, wie damit umzugehen ist.

**SV Michaela Kruse (NABU e. V.):** Alles klar. Vielen Dank. Also, der Biomasseanbau in Deutschland hat ja aktuell zahlreiche Umweltbelastungen, schon einfach durch die intensive Landwirtschaft. Also den Einsatz von Dünger, Pestiziden und so weiter. Wiederum die Gärrestrückführung aus naturverträglichen Substraten kann da eher die Belastung verringern aus unserer Sicht, also kann als Dünger eingesetzt werden. Und da die Nährstoffkreisläufe schließen. Auf der anderen Seite macht uns natürlich die steigende Nachfrage nach Holz große Sorgen, einfach aufgrund der Belastung der Wälder. Und hier sehen wir natürlich auch die Feinstaubbelastung aus den Emissionen bei der Verbrennung, vor allem im privaten Bereich, die auch reduziert werden müssen. Einfach aus Gründen der Luftreinhaltung und der Luftverschmutzung, um da bessere Gesundheitsvorsorge zu betreiben.

Also an dieser Stelle haben wir natürlich Belastungen für Klima, Umwelt und auch Gesundheit aufgrund der aktuellen Form der Bioenergienutzung. Und auch deswegen sollte natürlich die Bioenergie dort in die wirklich sinnvollen Anwendungszwecke gelenkt werden und wirklich dort die Spitzenlast abdecken und nicht wie heute, sag ich mal, als Breitenlösung diskutiert werden, wo klar ist, dass diese Mengen nicht zur Verfügung stehen. Vielleicht so weit. Danke.

**Die Vorsitzende:** Ich bedanke mich und rufe den Abgeordneten Konrad Stockmeier von der FDP-Fraktion auf.

**Abg. Konrad Stockmeier (FDP):** Einmal mehr besten Dank, Frau Vorsitzende. Ich richte meine Frage wieder an Herrn Dr. Kornatz. Und ich finde es gut, dass wir hier sozusagen auch eine Stimme der Wissenschaft haben, die, das sei uns Politikerinnen und Politiker manchmal ins Stammbuch geschrieben, manchmal mit größeren Freiräumen weiter in die Zukunft denkt und mehr technologische Innovationen auf dem Radar hat, als wir es

im tagtäglichen parlamentarischen Betrieb manchmal tun. Worauf will ich damit hinaus? Nochmal auf das Thema Gasversorgung, also auch Versorgung mit klimaneutralen Gasen. Da würde mich Ihre Einschätzung interessieren, welche Potenziale Sie für die Bioenergie dort sehen, sei es in Abgrenzung oder auch im Zusammenspiel mit Wasserstoff, vielleicht auch Stichwort Methanisierung. Wie schätzen Sie unter der Maßgabe die Diskussion um die Stilllegung von Gasnetzen ein? Vielen Dank.

**Die Vorsitzende:** Herr Dr. Kornatz, bitte.

**SV Dr. Peter Kornatz (DBFZ):** Ja, danke für die Frage. Also erstmal möchte ich es ganz klar nicht in Abgrenzung zu Wasserstoff sehen, sondern in Kombination mit. Und vielleicht gleich zu dieser Frage Gasnetze, Rückbau, ja / nein, da habe ich grundsätzlich überhaupt nicht verstanden, warum man das anstreben sollte. Denn wir haben jetzt gerade Biogasanlagen, die Methan bereitstellen. Wir brauchen Infrastruktur, um Gas zu verteilen und mit der aufkommenden Wasserstoffwirtschaft, wo die Biogastechnologie tatsächlich auch ein Ermöglicher sein kann und auch zum Hochlauf beitragen kann. Denn mit unseren Biogasanlagen, Sie wissen, das ist 55 Prozent Methan, der Rest ist CO<sub>2</sub>, gebe ich Wasserstoff im Prozess dazu, passe ich den Prozess an mit der besagten Methanisierung, wie auch immer ich das technisch löse, das sind Details. Kann ich den Methangehalt fast auf Einspeisefähigkeit hochbringen, auf 95 Prozent und das kann ich ins Erdgasnetz reingeben und mit der vorhandenen Infrastruktur benutzen. Wie die Entnahme dann aussieht, ist eine ganz andere Frage. Ich kann es flexibel nutzen, vor allem auch in Gaskavernen, für die flexible Stromerzeugung, für die Industrie und hier ist jetzt noch ein ganz anderer Punkt für die Energiesicherheit relevant. Wasserstoff hat nur etwa ein Drittel der Energiedichte. Wenn ich das einlagere, habe ich praktisch ein geringeres Speichervolumen. In unseren Kavernen geben wir ein ganzes Stück Versorgungssicherheit auf und wenn ich vorher in Methan konvertiere, bin ich viel flexibler und kann auch Industrieprozesse, die Kohlenstoff brauchen – und davon kommen wir einfach nicht weg, das würde das Umstellen der Wirtschaft gravierend erfordern – doch mit bedienen. Dementsprechend, diese Vielseitigkeit ist charmant und auch die





Effizienzerhöhung des bestehenden Anlagenbestands, ohne dass wir hier letztendlich einen Zubau erstmal brauchen. Danke sehr.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, ich rufe auf Ralph Lenkert von der Gruppe Die Linke.

Abg. **Ralph Lenkert** (Die Linke): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ganz am Anfang, ich kann diesen bilanziellen Vergleich von Photovoltaik und Bioenergie auf den Feldern einfach nicht mehr hören. Dummerweise brauche ich meistens im Winter, wenn es dunkel ist, die Heizwärme und den Strom zur Beleuchtung und da ist es mit der Sonnenenergie oftmals nicht so weit her.

Das heißt, wenn ich einen Vergleich mache, dann erwarte ich, dass man auch die Speicheroption, wie ich denn die Energie aus den Sommertagen in den Winter bringe, in der Betrachtung mit berücksichtige und nicht einfach pauschal sage, auf dem Hektar kann ich so viel erzeugen, auf dem Hektar so viel. Das erwarte ich einfach und das fehlt mir bisher in der Debatte völlig.

Aber jetzt komme ich zurück zu meinem Sachverständigen, Herr Müller. Ich würde Sie gerne fragen, Sie sprachen vorhin von der Wichtigkeit der Biogasanlagen und ich stelle mir gerade unser Bioenergie-Dorf in Schlöben vor, wo die Bürgerinnen und Bürger in den letzten 15 Jahren ihre Flüssiggasheizung abgeschafft haben, ihre Ölheizung abgeschafft haben und jetzt auf Bioenergie-Nahwärmenetz setzen in der Biogasanlage. Was glauben Sie, wie ist deren Zukunft, wenn das so bleibt, wie es ist und wie ist die Akzeptanz denn wirklich zu sehen, wenn die jetzt wieder umstellen sollten?

Die **Vorsitzende**: Herr Müller, eine Minute und 54 Sekunden.

SV **Thoralf Müller** (Thüringer Bauernverband): Gut, vielen Dank für die Frage. Ich hatte es vorhin schon mal angedeutet, wir haben in Thüringen etwa 270 Anlagen stehen, 75 Prozent dieser Anlagen sind in der Zeit von 2004 bis 2011 gebaut worden, stehen also jetzt vor der Frage, wie geht es weiter? Viele von denen haben sich schon viel eher die Frage gestellt, haben in die Flexibilisierung investiert, weil das einer der Zukunftswege ist, und haben damit auch entsprechende

Wärmenetze installiert. Schlöben ist genannt worden als Vorzeigeprojekt und hat damit schon im Vorlauf der ganzen politischen Diskussion die eigentliche Wärmewende angegangen. Die DLL in Thüringen hat 2020 eine Studie gemacht, wie ist denn überhaupt die Wärmenutzung von Biogas nachher in Düring und da kam raus, dass 70 Prozent der Wärme sinnvoll genutzt wird. Also nicht nur um eigene Betriebsgebäude mit Wärme zu versorgen, sondern wirklich auch öffentliche Gebäude und da reden wir von Kindergärten, von Verwaltungsgebäuden, aber auch von Privathaushalten.

Das würde alles in Frage gestellt werden und ich habe es vorhin schon mal angedeutet, ich möchte mich nicht in die Situation versetzen, die Leute, die sich da im Vertrauen an solche Netze angeschlossen haben und berechtigt der Meinung waren in die Zukunft mit investiert zu haben, das jetzt wieder in Frage zu stellen und alles auf den Kopf zu stellen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herr Müller, vielen Dank. Wir starten in unsere vierte und letzte Runde und beginnen wird Markus Hümpfer von der SPD-Fraktion.

Abg. **Markus Hümpfer** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Frage geht an Matthias Dümpelmann und an Constantin Zerger. Herr Dümpelmann, von Ihnen würde ich gerne wissen, was von dem Vorschlag zu halten ist, die Anzahl der förderfähigen Stunden zu erhöhen und Herr Zerger, mich würde interessieren, ob Sie denn Anwendungsfälle für die Bioenergie sehen, wo sie auch ökologisch und zielgerichtet eingesetzt werden kann. Vielen Dank.

SV **Dr. Matthias Dümpelmann** (8KU GmbH): Vielen Dank Frau Vorsitzende, vielen Dank für die Frage. Wenn wir Bioenergie zum Beispiel in KWK-Anlagen oder in Anlagen, die Strom und Wärme gleichzeitig erzeugen, auskoppeln, einsetzen, dann werden wir natürlich eine Besicherungsfunktion haben und diese Besicherungsfunktion bezieht sich auf immer weniger Stunden im Jahr. Das ist das, was ich eingangs sagte. Momentan läuft Bioenergie ja nicht im idealen Lauf, sondern fährt so strich wie ganz früher mal andere Anlagen. Das ist sicher nicht die Zukunft. Insofern ist es sinnvoll, die Anzahl der zu



fördernden Stunden zu verringern, ganz einfach, um ein klares Signal dafür zu setzen – das gilt für das KWKG übrigens in gleicher Weise – um ein klares Signal dafür zu setzen, dass es um die wenigen Stunden geht, die wirklich wichtig sind. Damit die anderen Stunden dann durch PV und durch Windenergie dargestellt werden können. Diese Besicherungsfunktion ist sozusagen jahreszeitlich gleichzeitig, denn für Leute, die eine Wärmepumpe haben und für Leute, die Fernwärme beziehen, ist es ja zur selben Zeit gleich kalt. Das ist ja eine Binsenweisheit. Und je mehr wir Wind und PV im System haben, umso geringer ist die Anzahl der notwendigen Stunden für diese Besicherung und das bildet sich am besten ab, indem die Anzahl der förderfähigen Stunden reduziert, der Fördersatz jedenfalls, aber für genau diese Zeit zunächst mal erhöht wird, um zum Ziel zu kommen. Danke.

Die **Vorsitzende**: Danke. Herr Zerger.

SV **Constantin Zerger** (DUH): Ja, ganz schnell. Gerade deshalb ist dann die Flächeneffizienz eben doch wichtig, weil wir brauchen die Bioenergie dann, wenn es wirklich eng wird mit Wind und mit Solar, genau wie Matthias Dümpelmann das gerade ausgeführt hat, das sind genau die wenigen Stunden im Jahr, in denen wir wenig gute andere Alternativen haben. Und darauf müssen wir die Bioenergie konzentrieren. Und deshalb ist es eben wichtig, um diese Stunden so gering wie möglich zu halten, dann eben doch auch auf die Flächeneffizienz zu achten und ausreichend Wind und Solar im System zu haben. Ich möchte mal unterstreichen, dass auch aus unserer Sicht die Bioenergie natürlich eine ganz wichtige Rolle in der Energiewende führt. Wir müssen es nur ökologisch verantwortungsvoll tun. Und das ist etwas, wo wir uns im Fortschreiten der Energiewende auch dran gewöhnen müssen, dass natürlich alle erneuerbaren Energien ökologisch verantwortungsvoll in die Praxis gebracht werden müssen. Und das gilt für Wind, das gilt für Solar, Wind onshore wie offshore.

Überall dort entstehen neue Umweltprobleme, die wir mit beachten müssen, weshalb so Dinge wie Umweltverträglichkeitsprüfungen und auch Diskussionen wie diese hier über die ökologischen Folgen dessen, was wir da tun, ebenso wichtig sind. Die werden nicht weniger wichtig, die

bleiben ebenso wichtig. Und deshalb müssen wir auch hier die Anwendungszwecke weise wählen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich rufe auf Dr. Lenz von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, meine Frage richtet sich an den Herrn Olzem. Nochmal die Frage bezüglich der Stromversorgungsleistung, gerade auch, was die Kraftwerksstrategie betrifft. Inwiefern sehen Sie hier auch Potenzial für die Biomasse? Und zweiter Punkt, gerade was auch Nachhaltigkeitskriterien betrifft bei Altholz, aber auch bei anderer Biomassenutzung. Sehen Sie es als möglich an oder wie sehen Sie da die Vereinbarkeit aus Ihrer Sicht? Dankeschön.

Die **Vorsitzende**. Herr Olzem, bitte.

SV **Bastian Olzem** (BDEW): Vielen Dank für die Frage. Ich sagte es eingangs, 10 Gigawatt sind vorgesehen für die Kraftwerksstrategie und rund 10 haben wir bei der Bioenergie. Insofern ist es schon eine Dimension, die wir erhalten sollten. Es geht weniger um Neubau von Anlagen, hat Herr Fritsch ja eben schon gesagt, sondern eben um sinnvolle Überführung des Anlagenbestands. Da wird es sicherlich auch eine Konsolidierung geben. Es gibt auch landwirtschaftliche Betriebe, die möchten dann eben nach 20 Jahren EG-Förderung die Anlage nicht weiter betreiben, dann werden diese eben stillgelegt. Und ich denke, das ist dann in der persönlichen Entscheidung auch gut so. Wir haben tatsächlich bei der biometralen Einspeisung ein aktuelles und auch gravierendes Problem, weil viele der Biogas-Verstromungsanlagen vor Ort jetzt nach 20 Jahren aus dem EEG rauslaufen mit der Förderung und teilweise dann auf die Biomethaneinspeisung umswitchen wollen.

Unsere Gasnetzbetreiber sind aktuell vor allen Dingen im Norden einer Flut von Netzanschlussbegehren gegenübergestellt. Und da kommen dann teilweise pro Anschluss von Biogasanlage 5 bis 7 Millionen Euro zusammen und teilweise sind eben diese Leitungen dann tatsächlich schon für einen Fuel-Switch vorgesehen, also Stichwort Wasserstoff, aber eben auch zur Stilllegung. Und es gibt in der Gasnetzanschlussverordnung einen Zwang zum Anschluss und Durchleitung des



Biomethans und hier haben wir aktuell einen Regelungsbedarf. Die Verordnung läuft Ende 2025 aus und die Bundesnetzagentur hat jetzt aktuell am Montag schon angekündigt, eine Festlegung regeln zu wollen. Das ist aber unseres Erachtens zu spät.

Wenn Sie da bei einem Gasnetzbetreiber bis zu 50 Netzanschlussbegehren in der Höhe von 2 bis 7 Millionen Euro haben, dann können Sie sich schnell ausrechnen für Leitungen, die perspektivisch umgestellt werden sollen oder eben auch tatsächlich stillgelegt werden sollen, dass da eine Riesenherausforderung und auch ein Riesendruck ist. Insofern möchte ich da auch an das BMWK appellieren, sich der Tatsache anzunehmen. Klaus Müller hatte beim BDW-Vorstand auch gesagt, dass die Grundsatzentscheidung darüber nicht die BNetzA treffen würde, trotz des EuGH-Urteils zu den Kompetenzen, sondern dass das eben von der Bundesregierung zu tun sei. Insofern, wichtiger Punkt.

Und zur Nachhaltigkeit. Altholz sprachen Sie an, die Anlagen sind nach dem Stand der Technik, TR Luft und so weiter, Bundesemissionsschutzgesetz natürlich mit der entsprechenden Filtertechnik ausgestattet. Insofern, Altholzverbrennung in diesen Anlagen, die dafür genehmigt sind – und das ist ja der springende Punkt – ist eine gute Sache, weil alles andere eben zu Umweltbelastungen führen kann. Insofern ist der Einsatz da gerechtfertigt und zum Biomasseanbau ist, glaube ich, schon viel gesagt worden.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Olzem. Ich rufe auf Kathrin Uhlig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Katrin Uhlig** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz herzlichen Dank. Meine Frage richtet sich an den NABU. Und zwar haben wir schon einige Beiträge zum Thema Wärmeversorgung gehört, gerade im ländlichen Raum. Wie bewerten Sie das mit Blick auf Bioenergie? Welche Schwerpunkte würden Sie vorschlagen, die gesetzt werden mit Blick auf einen Ausbau oder Umbau der Bioenergie im Energiesystem und auch mit Blick auf die Wärmeversorgung?

Die **Vorsitzende**: Frau Kruse, bitte.

SV **Michaela Kruse** (NABU e. V.): Wir sehen natürlich in den flexibilisierten Biogasanlagen, die dann mit KWK ausgestattet sind, mit einem Wärmespeicher, mit einem Gasspeicher und dann halt stromgeführt, flexibel Strom erzeugen und die Wärme nutzbar machen, eine effiziente Form der Biomassenutzung. Das ist ganz klar. Aber auch in den Wärmenetzen müssen wir halt aufpassen, dass die Bioenergie gewisse Grenzen dort einhält, weil auch da klar ist, es kann nicht quasi die Grundlast der Wärmeversorgung durch die Biomasse gedeckt werden. Auch hier sollte es sich auf die Spitzenlast konzentrieren.

Deswegen ist auch hier wieder unser Plädoyer, einfach die technologischen erneuerbaren Alternativen auch in der Wärmeversorgung zu priorisieren. Das heißt, Großwärmepumpen und andere Lösungen, Abwärmenutzung, dort quasi für die Lösung rund ums Jahr zu priorisieren und dann wirklich nur in der Spitzenlast auf die Biomasse zu setzen. Hier ist aus unserer Sicht auch ganz dringend notwendig, dass wir da differenzieren, weil es geht jetzt immer viel um Biogasanlagen und um die Abwärme. Aber wir sehen, das wurde ja auch schon erwähnt, in der Wärmeversorgung vor allem die Holzbiomasse, also feste Biomasse, bisher als die tragende Säule. Da – das hatte ich auch schon angesprochen – machen wir uns große Sorgen, weil wir sehen, dass einfach sehr viele Städte, auch große Städte, Millionenstädte wie Hamburg, Berlin und andere jetzt auf Holzverbrennung für die Wärme umschwenken. Und selbst, wenn dort die aktuellen Grenzwerte eingehalten werden, kommen da so große Mengen zusammen, dass die nicht aus heimischen Quellen zu decken sind. Und deswegen ist hier unsere Forderung, dass wir in Wärmenetzen einen Grenzwert auf dem aktuellen Niveau von circa 10 Prozent festlegen.

Und in Wärmenetzen, wo dieser Wert bereits höher liegt, sollte es halt nicht darüber hinausgehen, sondern perspektivisch eher absinken. Aber da ist klar, dass die Grenze natürlich jetzt nicht ad hoc eingehalten wird. Aber wie gesagt, das sind so zwei wichtige Punkte. Einmal diese Differenzierung zwischen fester Biomasse, also Holz und Biogasanlagen, die mit KWK ausgestattet werden. Und dann halt einfach die neuen Wärmenetze, die da eine ganz klare Grenze ziehen müssen. Und die, wo die Biomasse noch keine große Rolle



spielt, dass da das jetzt nicht wirklich als Standardlösung genommen wird. Weil das wird die naturverträglich vorhandenen Potenziale ganz klar sprengen. Und auch das Thema Altholz. Ich habe jetzt schon keine Zeit mehr, aber nur um es kurz zu sagen, wir verbrennen schon sehr viel Altholz in Deutschland. Und auch viele Städte wollen jetzt auf Altholz setzen. Das wird auch absehbar nicht klappen. Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die AfD-Fraktion, Herr Kotré.

Abg. **Steffen Kotré** (AfD): Meine Frage geht nochmal an Herrn Dr. Dümpelmann. Sie haben ja ganz klar gesagt, Bioenergie kann auch nur ein Nischenprodukt sein, um also eine gewisse Grundlastfähigkeit sicherzustellen. Und Ihre Intention ist dabei, glaube ich, dass diese Grundlastfähigkeit dann eben mit null CO<sub>2</sub>-Emissionen einhergeht. Aber im gesetzlichen Fall, wir haben andere Energieformen, wie zum Beispiel Kohleverstromung, wenn CO<sub>2</sub> abgeschieden und verpresst wird, zu unter 100 Euro die Tonne CO<sub>2</sub>. Würden Sie dann der Bioenergie immer noch diese Nische zubilligen? Oder würden Sie sagen, Kohlekraftwerke sind dann zum Beispiel besser?

Die **Vorsitzende**: Dr. Dümpelmann, bitte.

SV **Dr. Matthias Dümpelmann** (8KU GmbH): Das ist eine interessante Frage, die aber ignoriert, dass Kohlekraftwerke ja tatsächlich deutlich mehr Benutzungsstunden hatten, aufgrund ihrer Ökonomie. Das hat die Sache einfach mit sich gebracht. Und die haben dann auf der Basis relativ geringer Gestehungskosten ein ökonomisches Problem mit dem Thema der CO<sub>2</sub>-Abscheidung. Das ist natürlich bei einem Energieträger wie Bioenergie in einem ansonsten CO<sub>2</sub>-freien Umfeld vollständig umgekehrt. Das ist auch nicht ein Nischenprodukt, insofern mal irgendwie so alle drei Jahre oder so mal zwei, drei Stunden Bioenergie hat, sondern kann natürlich, wir haben das ja gehört, durchaus einen nennenswerten Beitrag leisten, irgendwo in der Größenordnung von vielleicht 40, 50, 60 TWH pro Jahr.

Da ist Bioenergie aber super wichtig oder kann super wichtig sein. Es gibt die richtigen Anreizmechanismen, Marktdesign und so weiter, das will ich jetzt gar nicht ausführen. Da wird sie auch

eine gute Rolle spielen, selbst wenn sie für kurze Zeit dann natürlich teurer ist als Wind und Photovoltaik.

Ich sage das deshalb, weil die Verbindung von Bioenergie mit CCS, mit CCU, also BECOS heißt das ja, glaube ich, eine sinnvolle Sache sein kann, um tatsächlich zu einer klimapositiven Art der Energieversorgung überzugehen, die dann tatsächlich über Knappheiten gesteuert ist. Knappheitssteuerung heißt wiederum Einsatz dort, wo weder Wind noch Sonne vorhanden sind. Das hat Ralph Lenkert eben ausgeführt. Das ist natürlich im Winter der Fall, wenn wir wenig Photovoltaik haben. Und das ist dann auch eine ökonomisch überzeugende Form, die es aus guten Gründen beim Einsatz von Steinkohle in Verbindung mit CCS nie gewesen wäre, man muss ja konditionell sagen, weil einfach dort die Ökonomie von Kohle eine vollständig andere war, als es die von Bioenergie in Zukunft sein sollte.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Herr Stockmeier von der FDP-Fraktion, der Letzte in dieser Runde.

Abg. **Konrad Stockmeier** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. In solchen Anhörungen wird Geschichte geschrieben, weil ich jetzt kundtun will, dass der Kollege von der Linken und ich von der FDP nochmal einer Meinung sind. Das möchte ich jetzt hier nochmal klarstellen. Also diese ewigen Befürchtungen, dass nun wer weiß was abgeholzt wird, weil diverse Großstädte sich nun, wer weiß wie, auf das Verheizen von Holz stürzen. Also das möchte ich wirklich mal im Bereich der Gerüchte verorten. Ich bin in Mannheim sehr gut informiert, wie da Fernwärme dekarbonisiert werden soll. Also der Elzer Wald und der Odenwald werden es überleben. Das ist auch ganz gut so.

Kurze Frage noch an Herrn Dr. Kornatz. Ich weite ja manchmal gerne den Blick über die bundesdeutschen Grenzen hinaus. Bioenergie ist nicht nur bei uns ein Thema. Ich finde zum Beispiel spannend, dass übersehen wird, welche Rolle sie auch in Frankreich beispielsweise spielt. Die sind nicht nur nuklear unterwegs, sondern auch im Bereich der klimaneutralen Gase. Ganz einfach, gibt es Beispiele aus anderen Ländern, wo Sie sagen würden: „Lieber Bundestag, guck da mal hin, da könntest du was lernen“.



Die **Vorsitzende**: Herr Dr. Kornatz.

SV **Dr. Peter Kornatz** (DBFZ): Danke sehr. Ich gehe ganz kurz auf Frankreich ein. Da gibt es zum Beispiel eine Sache, da läuft ja alles mehr zentralisiert. In Frankreich legt praktisch die Behörde fest, wie die Nutzung vor Ort ist, ob es Biomethan ist oder ob es eine Verstromung ist, je nach Bedarf. Das ist das eine. Aber ein Positivbeispiel ist letztendlich auch Dänemark. Dänemark hat natürlich den Vorteil des geringeren Primärenergieverbrauchs, aber Dänemark hat ganz klar letztendlich auf Biomethan gesetzt. Und wenn wir jetzt mal gucken, was wir anders machen können, das ist vor allem die operative genehmigungstechnische Ebene. Anekdote, ein Kollege aus Dänemark beschwerte sich, dass seine Genehmigung so lange braucht. Ich fragte ihn: „Wie lange ist es denn?“ Er sagte: „Ich warte jetzt drei Monate“. Ich fragte: „Wie lange dauert das normalerweise?“. „Ja, einen Monat dauert es bei uns“. „Du weißt, dass es in Deutschland zwei Jahre dauert oder länger“. Und das ist ein Problem. Und auch in der technischen Auslegung, da haben sie 50 Behörden, kriegen sie 50 Auslegungen von der Trasse 120 für Biogasanlagen zum Beispiel und es werden keine Entscheidungen getroffen, die mal in eine pragmatische Richtung gehen. Und das ist etwas abstrus, wenn wir auf Flexibilität gucken. Sie haben 500 kW

Photovoltaik, 500 kW Biogasanlage und der Netzeinspeisepunkt muss ein Megawatt betragen, obwohl ich es so steuern kann, dass ich in Summe nie über 500 kW komme. Warum? Das ist aus der Zeit gefallen, das ist Unsinn, behindert auch die Flexibilisierung und gerade auch das Einspringen von Bioenergie als letztendlich das, was es sein soll, Ausgleich der volatilen Lasten, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Damit soll es gut sein. Danke sehr.

Die **Vorsitzende**: Ich bedanke mich bei allen Herren und Damen Sachverständigen, die uns heute mit ihrem Sachverstand zur Verfügung gestanden haben. Wundern Sie sich nicht, dass die Reihen etwas leerer geworden sind. Es beginnt bei uns gleich um 13 Uhr das Plenum und für viele ist es erforderlich, da jetzt schon zu sitzen. Also von daher, vielen Dank, dass Sie hier waren. Vielen Dank an meine Kolleginnen und Kollegen. Das war doch eine gute Anhörung und ich wünsche Ihnen noch einen guten weiteren Tag und gute anschließende Gespräche mit den Berichterstattern und Berichterstatterinnen. Dankeschön.

Schluss der Sitzung: 12:57 Uhr  
CB